

Bezugspreis: Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 30 Pfennig, vierteljährlich 1 Reichsmark, halbjährlich 2 Reichsmark, jährlich 4 Reichsmark.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Bildung und Meinungen“ sowie der wöchentlichen „Unterhaltung und Wissen“ und „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telekomm.-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise: Die einseitige Anzeigenzeile 50 Pfennig, Restzeile 5 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 17. Juli 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Hindenburgs Entscheidung.

Das Gesetz gegen die Sparere unterzeichnet!

Der Reichspräsident v. Hindenburg hat Donnerstag abend 6 Uhr nach den Vorträgen des Reichskanzlers und des Reichsjustizministers das vom Reichstag angenommene Gesetz über die Hypothekenaufwertung unterzeichnet.

Kurz vor der Unterzeichnung war von den Aufwertungsorganisationen dem Reichspräsidenten der folgende Hilferuf zugegangen:

Herr Reichspräsident!

Mit nur 230 von 428 Stimmen hat der Reichstag in unsachlicher Ueberhäufung das Gesetz betreffend die Hypothekenaufwertung angenommen. Diese geringe nominelle Mehrheit ist eine trügerische.

Der Inhalt dieses Gesetzes ist verfassungsändernd und bedarf darum zu seiner Rechtsgültigkeit einer Zweidrittelmehrheit des Reichstages.

In Kenntnis dieser Tatsache hat darum mehr als das verfassungsmäßige Drittel des Reichstags auf Grund des Artikels 72 der Reichsverfassung die Auslegung der Verkündung verlangt.

Dieselben Parteien, welche 1 1/2 Jahr lang für die Not der Sparere und Geschädigten kein Verständnis gezeigt haben, wollen von Ihnen, Herr Reichspräsident, wieder unter Vorpiegelung falscher

Behauptungen jetzt die sofortige Verkündung des Gesetzes erzwingen, indem Sie durch die Dringlichkeitserklärung des Gesetzes übercumpelt werden sollen.

Namens aller Geschädigten und der rechtlich Denkenden des Reiches erklären wir hiermit die Bereitwilligkeit, lieber drei Monate zur Herbeiführung eines unanfechtbaren Gesetzes, welches von der Mehrheit des Volkes angenommen wird, auf den Beginn der Leistungen der Schuldner zu warten.

Die Entscheidung ist jetzt in Ihre Hand, Herr Reichspräsident, gelegt, und die Mehrheit des Volkes erwartet in ihrer Not, daß Sie dem verfassungsmäßigen, von dem einsichtigen Teil des Reichstages beschlossenen Aussetzungserlangen der Verkündung des Gesetzes entsprechen und den damit geforderten Volksentscheid herbeiführen lassen.

Gleichzeitig bitten wir um umgehenden Empfang unserer Abordnung zu mündlichem Vortrage.

(gez.) Aufwertungsgemeinschaft.

Dieser letzte Ratschrei der enttäuschten Sparere und verarmten Gläubiger ist ungehört verhallt. Wie wir voraussetzten, hat „der Ketzer“ unterschrieben, was Luther ihm vorlegte! Er wird auch weiter unterschreiben, was das Rechtskabinett für nötig hält.

Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, haben bei der Schlussabstimmung über das Aufwertungsgesetz drei Abgeordnete der deutschnationalen Fraktion gegen die Vorlage gestimmt.

Neuer Konflikt mit Polen.

Bevorstehende Deutschenandweisungen.

Nach Mitteilungen aus zuverlässigster Quelle hat die polnische Regierung in Posen und Westpreußen die Beschlagnahme einer hohen Zahl von Wohnungen angeordnet.

Es handelt sich hierbei um die sogenannten Optanten, d. h. deutsche Bewohner der an Polen abgetretenen Gebiete, die nicht durch die Abtretung an Polen die polnische Staatsangehörigkeit erworben, sondern für Deutschland „optierten“.

So tritt zu den durch den Abbruch der Wirtschaftsverhandlungen bereits bestehenden Spannung mit Polen eine neue schwere nationale Belastung der Beziehungen zu dem östlichen Nachbarstaat ein.

Sollte die polnische Unvernunft nicht noch im letzten Augenblick ein Einsehen haben, bleibt der Reichsregierung und mit ihr der preussischen Regierung nichts anderes übrig, als die vorbereiteten Gegenmaßnahmen in Gang zu bringen

und ihrerseits mit der Ausweisung der polnischen Optanten in Deutschland zu beginnen. Wie Genosse Severing im Haushaltsausschuß des Preussischen Landtages erklärte, beabsichtigt das preussische Ministerium des Innern in Fällen ganz besonderer Härte Erleichterungen einzutreten zu lassen.

Für die deutsche Reichsregierung aber wäre es ein ebenso menschenfreundlicher wie politisch geschickter Schachzug, wenn sie vor der europäischen Öffentlichkeit Polen aufforderte, eine internationale Instanz mit der Regelung der Angelegenheit zu beauftragen.

Einigung in den Gas- und Wasserwerken.

Die Obleute haben dem Vergleich zugestimmt.

Auf Veranlassung der Leitung des Berliner Ortsausschusses des ADGB gelang es der Vermittlung des Polizeipräsidenten und des Oberbürgermeisters, die Direktionen der Gas- und Wasserwerke zu nochmaligen Verhandlungen mit den Vertretern der im Gemelnde- und Staatsarbeiterverband organisierten Arbeitern zu bewegen.

Die gestern nachmittag zwischen ein und vier Uhr geführten Verhandlungen endeten mit der Zustimmung der Direktionen der Städtischen Gaswerke, der Städtischen Wasserwerke und der Gasbetriebsgesellschaft zu dem bereits am Mittwoch abend gemachten Vermittlungsvorschlag der Organisationsvertreter, der ab 1. August gelten soll.

Es werden also ab 1. August 1925 alle Lohnsätze für die männlichen Arbeiter um fünf Pfennige die Stunde erhöht, für die weiblichen Arbeitskräfte um vier Pfennige die Stunde.

Die Obleute der Arbeiter traten sofort nach Abschluß des Vergleichs zu einer Beratung zusammen und beschloßen, dem Vergleich zuzustimmen.

Die gestern abend tagende Funktionalistenkonferenz hat nach kurzer Diskussion dem Abkommen gegen wenige Stimmen zugestimmt. Wenn das Ergebnis in materielle Hinsicht auch verhältnismäßig dürftig sei, so habe die Arbeiterschaft der Gas- und Wasserwerke immerhin einen nennenswerten moralischen Erfolg zu verzeichnen.

Der „Ketzer“.

Enttäuschung der naiven Hindenburg-Wähler.

Von Wilhelm Keil.

Reichspräsident Hindenburg hat die Aufwertungsgesetze unterzeichnet. Den Millionen deutscher Sparere ist die letzte Hoffnung geraubt. Sie haben Schweres erlitten in den letzten Jahren.

Die Aufwertungsfrage hat bei der Präsidentenwahl im April eine entscheidende Rolle gespielt. Bei dem kleinen Unterschied zwischen der zahlenmäßigen Stärke der beiden großen Heerlager war es der Sparerebewegung möglich, den Ausschlag zugunsten des Kandidaten Hindenburg zu geben.

Die Sparere sind damals von den Linksparteien, besonders von uns Sozialdemokraten, gewarnt worden. Sie ließen aber nicht gelten, daß Hindenburg der Kandidat der großkapitalistischen Parteien war.

Formalrechtlich traf das zu. Der Reichspräsident hat zwar nach dem Artikel 70 der Reichsverfassung verfassungsmäßig zustande gekommene Gesetze binnen Monatsfrist zu verkünden, aber er kann nach Artikel 73 innerhalb dieser Frist auch anordnen, daß das Gesetz dem Volksentscheid zu unterbreiten ist.

Von diesem Verfassungsartikel ist bisher nie Gebrauch gemacht worden. Bei der Entscheidung über die Aufwertungsgesetze mußte es geschehen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat dafür gesorgt, daß dem Präsidenten Hindenburg im Sinne der Vorschriften der Verfassung die Freiheit des Handelns gegeben wurde. Sie stimmte dem völkischen Antrag, die Aussetzung der Verkündung der Aufwertungsgesetze zu verlangen, zu und sicherte ihm die erforderliche Stimmzahl von einem Drittel des Reichstages.

wertungsfrage am deutlichsten zeigt, die Wünsche des Großkapitals stets erfüllen werden.

Die Unterzeichnung der Aufwertungsgeetze durch den Präsidenten Hindenburg bedeutet den Abschluß einer welt-historischen Tragödie. Die Sparorganisationen werden den Kampf um die Rechte der Betrogenen fortzusetzen versuchen. Aber die furchtbare Enttäuschung, die ihnen der „Ketter“ bereitet hat, wird ihren Elan lähmen, und die deutschnationalen Wahlbetrüger werden nichts versäumen, um auch die weiteren Bemühungen der Opfer ihres Trugspiels zum Scheitern zu bringen. Mögen nun die um ihre letzten Hoffnungen gebrachten belagerten Opfer eines scrupellosen kapitalistischen Freibeutertums erkennen, daß nur durch den gemeinsamen Kampf aller Enterbten und Enteigneten Recht und Gerechtigkeit zum Siege geführt werden kann.

Die deutsche Antwortnote. Heute im Auswärtigen Ausschuss.

Der Reichskanzler hat gestern die deutsche Zwischen-note an Briand den Parteiführern des Reichstags zur Kenntnis gebracht; heute soll sie im Auswärtigen Ausschuss besprochen werden, am Sonnabend soll die Wfendung, am Dienstag die Veröffentlichung erfolgen, und daran soll sich dann am Mittwoch und Donnerstag die große politische Aussprache im Reichstag anschließen.

Man kann nicht sagen, daß die Welt die Veröffentlichung dieser Note mit besonders großer Spannung erwartet. Gespannt kann man höchstens sein auf den größeren oder geringeren Grad der Beschränktheit, mit der sie verfahren wird, sich durch alle innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten hindurchzuwinden. Die Note darf dem gemäßigten Flügel der deutschnationalen keinen Anlaß zu allzu heftigem Anstoß, dem radikalen keine zu breiten Angriffslinien bieten, auf der anderen Seite muß sie die Kontinuität wahren und die mit dem Memorandum vom 9. Februar begonnene Aktion fortsetzen mit dem Ziel, eine Konferenz und ein positives Konferenzergebnis wenn nicht herbeizuführen, so doch wenigstens nicht zu verhindern. Man wird daher weder in der Frage des Schiedsgerichts noch in der des Völkerverbundes große Reuigkeiten und lähne Schritte erwarten dürfen.

Aber wird der Text der Note voraussichtlich sehr vorsichtig ausbalanciert, so wird er dann doch in der folgenden öffentlichen Debatte von der Regierung und den Regierungsparteien kommentiert werden müssen. Auf diesen Kommentar wird man gespannt sein dürfen als auf den Wortlaut der Note selbst. Besonders nach den sehr instruktiven Mitteilungen der „Deutschen Zeitung“ über die Spaltungstendenzen innerhalb der deutschnationalen Reichstagsfraktion wird es interessant sein zu beobachten, wie diese neue Belastungsprobe von der „größten Regierungspartei“ ertragen werden wird.

Da der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Herr Hergt, erkrankt ist, wird die heutige Sitzung nicht von ihm, sondern vom stellvertretenden Vorsitzenden, Genossen Hermann Müller, geleitet werden.

III. meldet anscheinend offiziell:

Reichskanzler Dr. Luther hatte gestern nachmittag die Vertreter der Regierungsparteien zu einer Besprechung nach dem Reichstagsgebäude gebeten, um sie über den Inhalt der Note zu unterrichten. Zwischen Reichsregierung und Regierungsparteien wurde völlige Uebereinstimmung erzielt.

Der Reichstagsuntersuchungsausschuss für die Barmat-Affäre hat sich gestern bis zum Ende der Reichstagsferien ver-zögert. Während der Ferien soll ein aus den Vorsitzenden und beiden Berichterstattern bestehender Unterausschuss sämtliche einschlägigen Strafakten prüfen und dem Ausschuss Vorschläge über die noch zu erhebenden Beweise machen.

Prima-Donna-Wetter.

Von Kurt Singer.

Wer erinnert sich noch unserer Ruff- und Opernzustände in Berlin der Jahre 1900 bis 1910? Wenn irgendwo Riederinnerung mit Recht ein wenig Sehnsucht in sich faßt, so hier. Allerdings hat sich die Oper selbst in 20 Jahren überlebt und aus einer gelegentlichen Konzertsache ist ein mit allen Mitteln über Rellame, mit allen Kräften der Agenturpropaganda, mit allen Börsen- und Kapital-manipulationen hochgeschraubter Konzertbetrieb geworden. Das wissen und bekennen wir alle. Die Sammlung fehlt, die Konzentration, das Einmalige, das Festtägliche. Die Musiker sind Gewerbe-treibende geworden. Konseratoorien, Hochschulen sind überfüllt. Kein Bürgerhaus, in dem nicht ein Zukunftsgeheimnis der Musik seine Geheimnisse macht. Eine Ueberfüllung des Standes in all seinen Spezialitäten, die notwendig ein Ueberwuchern des Talents und der bloßen Geschicklichkeit hervorzwängt. In dem Moment, da einer familiären Erfolg hatte, da er konzessioniert und patentiert die Schule verläßt, um die Menschheit singend, spielend zu beglücken, ist er „Künstler“ geworden. Und ist gezwungen, Elbogen zu be-wahren. Und fühlt sich als Primadonna. Und hat die Sehnsucht, sich der Welt zu zeigen, heiße sie nun Amerika oder Röhlschenbrod. Und verliert damit schon das Gefühl der Sehnähtigkeit, der Boden-lust, die für ihn arbeitet, der sicheren, einheitlichen Wirkungs-atmosphäre.

Vor zwanzig Jahren gab es noch keine (oder doch nur wenige) herumreisende Dirigenten, gab es in Berlin noch kein Ausleiheinstitut für die prominenten, durch Gunst der Menge ausgezeichneten, Strauß, Kautz, Weingartner, Dohs, Bloch, Kitzsch — das waren ja wohl die tonangebenden Kapellmeister mit oder ohne Generalmusik-direktorialitäten! Wer von ihnen reiste in der Welt umher? Sie alle trug ja gerade das zur Höhe ihrer Leistung, was den Heutigen fehlt: letztes, tiefstes Gebundensein an ihre Stadt und deren Menschen, vollendetes Einsinken mit ihrem Instrument, mit Orchester, Chor, Saal, Theater. Das heißt aber erst würdig sein einer hoch-gestellten Aufgabe. Dieses herrliche Verantwortungsgefühl, nicht für die Einzelperson, sondern für das Ensemble, für die eigene Reifung wie für die Entwicklung der Truppe ging verloren. Dem sonnen-hellen Wetter fest umrissener Leistung folgte das wolkige, neblige, trübe Primadonna-Wetter. Sucht nach Wohlstand, Geld, Luxus, ein dem richtigen Künstler etwas Äußeres, ist Triebfeder der Massenarbeit geworden. Wohin ist die Stabilisierung der Orchester- und Operntradition geraten, wohin gelangen? Nur wenige noch scheinen zu fühlen (wenn sie es denn schon nicht wissen wollen), daß einer nur Großes wirken kann, wenn er dauernd auf dem Posten ist. Auch die Verträge mit berühmten Sängern und Sängerinnen atmen denselben Neugeist des Geldmassenverdienstes. Warum die vielen Urlaube der leitenden Männer und zugkräftigen Gesangs-matadore an den Opernhäusern? Genügt es nicht, wenn ein Star 50 000 Mk. im Jahr verdient (dafür, daß er 50- bis 60-mal singt oder dirigiert)? Welches Risiko trägt er dagegen? Ich unterschätze gewiß nicht Probenarbeit, häusliches Studium, Korrepetition, die schlimme Chance des Stimmverbrauchs. Aber wenn schon eine Ueberhäufung des künstlerischen Formats bei den Abgestempelten

Jememord und Staatsicherheit. Geheimjustiz.

Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hat in voller Öffentlichkeit gegen die kommunistische Tscheka ver-handelt. Das Schweriner Schwurgericht, das die völkischen Jememörder aburteilte, hat zehn Tage hinter ver-schlossenen Türen getagt. Während der Verhandlung war, angeblich wegen Gefährdung der Staatsicherheit, die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Soweit der Tatbestand bisher bekannt gemorden ist, rechtfertigt er diese Maßregel nicht. In Mecklenburg existiert eine geheime Organisation von Röhbach-Beuten, die auf den großen Gütern militärisch ausgebildet sind. Diese Organi-sation besitzt eine Ferne, die unbehaglich werdende Mitglieder beiseitigt. Dieser Ferne ist der frühere Stahlhelmangehörige Hellmut Holz zum Opfer gefallen. Als Gründe für den Mord bezeichnet das „Berliner Tageblatt“:

„Weil Hellmut Holz aus der völkischen Partei ausgetreten, weil er Mitwisser vieler Vergehen und Verbrechen der völkischen war, weil er, der früher selbst der Röhbach-Organisation angehörte, und beinahe selbst einmal ausgelost worden wäre, einen politischen Mord zu begehen, einen schönen Tages über das Treiben der völkischen Nordorganisationen, über die Vorbereitungen zu den Verbrechen an Erzberger und Rathenau und über die weiteren Mordpläne der völkischen hätte Ausschluß geben können, kurz, weil er zum Ankläger gegen die völkischen Nordorganisationen hätte werden können, und weil man in ihm, seitdem er nicht mehr mitmachte, einen Spindel vermutete.“

Das soll das Ergebnis der zehntägigen geheimen Ver-handlung sein. Die Öffentlichkeit hat darüber nichts Authententisches erfahren. Diese Geheimverhandlung muß ein Gefühl der Unruhe und der Unsicherheit hervorrufen. Was ist in Mecklenburg? Ist die Nordorganisation so zahlreich und so weit verzweigt, daß sie die Staatsicherheit bedroht? Aus welchen Gründen ist die Staatsicherheit bedroht, wenn die Öffentlichkeit erfährt, was dieser Prozeß zutage förderte? Warum wurden, wenn die Gründe des Gerichts für den Aus-schluß der Öffentlichkeit durchschlagend sind, die Jememörder nicht von dem Staatsgerichtshof abgeurteilt?

Die Öffentlichkeit muß erfahren, was in Mecklenburg ist. Sie muß erfahren, welche gesetzlichen und polizeilichen Mittel angewandt werden, um die weitverzweigte Organi-sation der Röhbach-Beute auf den Mecklenburger großen Gütern aufzulösen. Werden sie gebildet? Wie weit sind die Besitzer der großen Güter in Mecklenburg in ihre Machen-schaften verstrickt?

Die Geheimjustiz reinigt nicht. Sie schafft Unklarheit und läßt alle Mutmaßungen Spielraum.

Revision gegen die Schweriner Todesurteile.

Im Schweriner Jememordprozeß hat, wie die BS-Korre-spondenz meldet, Rechtsanwalt Dr. Sachs-Berlin für den zum Tode verurteilten Oberleutnant a. D. Schöler Revision beim Reichsgericht angemeldet, und wahrscheinlich werden sich auch die Verteidiger der ebenfalls zum Tode verurteilten Angeklagten Rogon, Kalla und Licza diesem Schritt anschließen. Der wegen Reines des zu Gefängnis verurteilte Wittor hat die Strafe angenommen.

Die Finanzlage des Reiches. Angeblich 385 Millionen Defizit.

Im Steueraussschuss des Reichstages überreichte am Donnerstag Reichsfinanzminister von Schlieben eine Uebersicht über den Haushaltsentwurf für 1925, der entsprechend den neuen Beschlüssen des Steueraussschusses umgestaltet ist. Staatssekretär Dr. Fischer erläuterte die Uebersicht, die mit einem vorläufigen Fehlbetrag von 385 Millionen abschließt. Für 1926 werde sich das Defizit voraus-sichtlich auf 600 bis 700 Millionen Mark erhöhen. Das sei ange-sichts der steigenden Reparationslasten außerordentlich bedrohlich.

In der kurzen Aussprache, die sich an diese Mitteilungen an-schließt, werden von verschiedenen Seiten Zweifel über die Rich-tig-

keit dieser Aufstellung geäußert. Doch soll eine ausführliche Debatte darüber nach Abschluß der Steuerberatungen im Haushalts-ausschuss stattfinden.

Bei Paragraph 33 des Einkommensteuergesetzes entfaltet sich eine längere Debatte über die Besteuerung von Betrieben, die Verbindungen mit ausländischen Firmen eingegangen sind. Wie die Praxis zeigt, entgehen auf diese Weise der deutschen Besteuerung ganz erhebliche Beträge. Obwohl es sich um meist besonders leistungsfähige Betriebe handelt, wird durch entsprechende Verein-barungen der Gewinn künstlich niedrig gehalten. Der Entwurf sieht deshalb vor, daß in solchen Fällen der Gewinn ein-geengt werden soll, der sonst bei Geschäften gleicher oder ähnlicher Art erzielt worden wäre. Ein entsprechender Beschluß wird ge-faßt, doch findet ein Antrag der Volkspartei Annahme, der den Paragraphen 33 davon abhängig macht, daß bei der Gewinnermitt-lung ein „offenbares Verhältnisse“ vorliegt.

Finanzausgleich und Länder.

Der preussische Finanzminister erschien am Donnerstag im Hauptausschuss des Landtags und gab nach dem Schluß der Justizberatungen im Namen der preussischen Staatsregierung zu dem vom Reich geplanten Finanzausgleich folgende Erklärung ab:

„Die Annahme der Vorschläge der Reichsregierung würde die durch die Reichsüberföschung den Ländern eingeräumte Stellung erschüttern und es den Ländern und Gemeinden unmöglich machen, ihre großen, ihnen nach der Reichsüberföschung obliegenden Aufgaben in wirkungsvoller Weise zu erfüllen. Die preussische Finanzver-waltung stütze sich vor dem Kriege vor allem auf die direkten Steuern und die Ueberschüsse der Eisenbahn. Preußen hat die Eisen-bahn dem Reiche ohne Entschädigung opfern müssen. Die Ver-mögenssteuer und die Erbschaftsteuer sind Reichsteuern geworden. Preußen soll nunmehr dem Reiche auch bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer eine Beteiligung einräumen, die eine weitere für die preussische Finanzverwaltung unerträgliche Ver-längerung der preussischen Einnahmen bedeuten würde. Die Beteiligung der Länder an der Umsatzsteuer ist kein ausreichender Ersatz, da diese Steuer eine absterbende Steuer ist. Es geht auch nicht an, Preußen und seine Gemeinden auf die Hauszinssteuer und die Realsteuern zu verweisen, weil die Hauszinssteuer vor allem für die Förderung der Neubaulitätigkeit zur Verfügung gestellt werden muß und weil eine weitere Anspannung der Realsteuer die Wirtschaft erdrosseln würde. Die Auswirkungen des verlorenen Krieges haben den Ländern und Gemeinden neue große Aufgaben auferlegt. Das Reich hat durch § 42 der dritten Steuernotverordnung die Aufgaben der Wohlfahrtspflege, des Schul- und Bildungswesens und der Polizei den Ländern zur selbständigen Regelung und Erfüllung überlassen. Gerade um den Ländern und Gemeinden die Erfüllung dieser Aufgaben möglich zu machen, ist die Beteiligung der Länder und Gemeinden an der Einkommensteuer auf 90 Proz. erhöht worden. Diese Beteiligung muß den Ländern und Gemeinden unter allen Um-ständen bleiben. Die preussische Staatsregierung wird diese For-derung dem Reiche gegenüber mit allem Nachdruck vertreten.“

Die Aussprache im Hauptausschuss ergab, daß alle Parteien in der Finanzfrage hinter der Regierung stehen.

Württembergischer Protest.

Stuttgart, 16. Juli. (WB.) Der Landtag hat heute bei Beratung des Etats eine Entschließung angenommen, worin er sich für die Wahrung einlegt gegen die Verletzung der be-gründeten Interessen der Länder und Gemeinden durch den ge-planten Finanzausgleich und das Staatsministerium an-schuldigt, wie bisher mit allen verfassungsmöglichen Mitteln auf eine angemessene Regelung hinzuwirken.

Entwaffnungsnot und Polizei. Am 16. Juli hat im Reichs-ministerium des Innern unter Vorsitz des Reichsministers Schiele eine Besprechung mit den Innenministern der Länder über Polizeifragen stattgefunden. Die Grundlage bildete die Kollektionnote der alliierten Regierungen vom 4. Juni d. J. Grundsätzlich wurde volle Einmütigkeit der Auffassung zwischen dem Reichsministerium des Innern und den Ländern festgestellt.

gang und gäbe ist — man sollte eine Institution nicht in Gefahr bringen durch allzu großzügige Freigabe der Kräfte nach hier- und dorthin. Eine Oper, will sie höchstes repräsentieren, gehört in all ihren Teilen unzertrennt zusammen. Hat ein Intendant, Kapell-meister, Singekar Sehnsucht nach Süden und Norden, so verlege er seine Eier, so verlege man ihm seine (menschlich noch begreifliche) Expansionskraft auf die Zeit seines Jahresurlaubs. Es darf nicht passieren, daß die Leiter bewährter Institutionen mitten in der Saison nach Amerika, nach London, nach Wien oder München ver-schwinden. Wie heißt es so schön im Urmsdeutsch? „Am deutsche Kunst im Ausland zu verbreiten.“ Schade, daß diese ideale Tätig-keit so viel Geld einbringt und daß in den normalen Ablauf unserer Berliner Kunstszene so viele Risse kommen. Keiner ist schhaft. Bruno Walter scheint den Willen zu haben, nun wirklich der alten Tradition Berlinerischer Musik treu zu werden. Er halte, was er verspricht. Kein Grund, daran zu zweifeln. Aber es besteht aller Anlaß, darüber zu ver-zweifeln, daß es nicht bei vielen prominenten Mu-sikern so etwas gibt, wie eingefleischtes Heimatsgefühl.

Elend.

Wer kennt nicht die arbeitslosen Gestalten, die mit hungrigen, eingefallenen Gesichtern durch die Straßen ihrem färglichen Erwerb nachwachen? Gegen die die Heimarbeit mit einem Stundenlohn von zehn Pfennigen Kräfte sind und die Kleinrentner nach dem Aufwertungsgezet Millionen? Von den Kriegsbefähigten mit ihren riesigen Renten ganz zu schweigen. Sollte es wirklich Menschen geben, die noch immer nicht wissen, von welchen Unglücklichen ich rede? Die blind und taub an der furchtbaren Not ihrer Nächsten vorübergehen? Man schämt sich, es zu glauben. Aber da jene Armen sich jetzt mit einem Hilfeschrei an die Öffentlichkeit wenden, um gegen die grenzenlose Ausnutzung, der sie preisgegeben sind, zu protestieren, so scheint es doch, daß in unserem Volke an Hart-berzigen kein Mangel herrscht.

O, ihr Selbstlächtigen, geht in euch, gedenkt eurer darrenden Brüder, der bedauernswerten Großschlächter, die als Frisch-fleischgroßhändler „ein müßeliges und armliches Da-sein fristen“ und „sich selbst nur noch gerade über Wasser zu halten vermögen“. Ja, sogar die Alten und Schwachen unter ihnen müssen frohnen, bis sie erschöpft in den Betten zusammenbrechen, da sie „wegen völligen Mangels an Kapital“ nicht daran denken können, „sich trotz hohen Alters aus dem Erwerbleben zurückzuziehen“.

Dabei gibt es noch immer Menschenfreunde, die sich zum Wohle ihrer Nächsten dem undankbaren Beruf des Großschlächters weihen. Die Zahl der Aufopferungsfreudigen hat seit der Weltkriegs-zeit beträchtlich zugenommen, keinesfalls aber, weil etwa das Wort „keiner Umjah — großer Nutzen“ für das Gewerbe zutrifft, sondern eben nur aus Menschenliebe. Sie wollen sich aufopfern, wollen Märtyrer sein. So nur ist es zu verstehen, daß diese Fanatiker der Nächstenliebe das Schlachtvieh zu hohen Preisen aufkaufen, um dann „den Schaden zu tragen“ und zum Nutzen der Käufer das Fleisch wohlfeil abzugeben. Was so jede Hausfrau bei ihren täglichen Einkäufen beobachten kann.

Wer sich über die wichtige soziale Frage des Großschlächter-elends näher informieren möchte, der lese die Abendausgabe des „Berliner Lokal-Anzeigers“ — nicht etwa vom 1. April, sondern vom 14. Juli, in der der Reichsverband der Deutschen Groß-schlächter das erschütternde Bild entrollt, das hier kurz skizziert wurde. Den verhärtetsten Gemütern werden beim Lesen der Seiten die Tränen kommen. Die Abonnenten des „Lokal-Anzeigers“, die ja zu den Jartbeteiligten gehören, werden gewiß schon zu einer Spende für die Darbenden zu sammeln begonnen haben.

Die Frage, wodurch das beständige Steigen der Fleischpreise denn nun eigentlich verursacht wird, ist damit natürlich nicht gelöst. Denn die Landwirte und Viehhändler — Gott bewahre, die darben natürlich auch. Und wenn nun nicht endlich bald diese Hölle kommen, werden sie ja wohl mitsamt den Großschlächtern elendiglich verhungern müssen.

Wohlbehälteste Geschworene. Die bibelste Stadt Danton zeigt im Verlauf des Affenprozesses, daß die Luft der Aufführung die hohe Dämmerung des geistigen Rebels, der dort so vorzüglich ge-deiht, noch nicht merklich gestrichelt hat — trotz Professor Scopes. So sagte bei der Zeugenernehmung einer seiner Schüler aus. Scopes habe gelehrt, daß sich das tierische Leben aus dem ein-zelligen Protosplasma bis zum Menschen entwickelt habe, dieser also wie die Kagen und Hunde zu den Säugetieren zähle. Auf die Frage aber, was denn ein Säugetier sei, mußte der hoffnungsvolle Sprößling Dantons die Antwort schuldig bleiben. — Als später auf Betanlassung der Verteidigung der Zoologie Professor R. et-c. vernommen wurde, wies der Richter den Zeugen an, auf die Frage, ob Professor Metcalf auch Gelehrte kenne, die nicht Anhänger der Entwicklungslehre seien, nur mit leiser Stimme zu antworten. Trotzdem schien es dem weisen Richter gefährlich, die harmlosen Dantoner Geschworenen den Erörterungen des Zeugen über die +Entwicklungslehre bewohnen zu lassen; er bat sie daher, den Gerichtssaal zu verlassen — was auch geschah. Zwar vermehrte sich einer der Geschworenen vorher energisch gegen den Verdacht, daß die Lehmsformen und von göttlichen Oden lebten Dantoner sich niemals von Lobrednern der Entwicklungslehre beeinflussen lassen könnten. Aber man weiß ja: wer dem Teufel den kleinen Finger reicht —

Politische Meinungsdivergenzen als Scheidungsgrund. Vor dem Wiener Landesgericht wurde kürzlich eine Ehe ohne Ver-schulden eines der beiden Kontrahenten gelichtet, weil es sich um „politisch verschiedene veranlagte Menschen handelt, deren politisches Bekenntnis im schroffsten Gegensatz zu einander steht“. Während der Mann Anhänger der sozialdemokratischen Partei sei, befehle seine Frau eine Stellung, die sie von der großdeutschen Partei erhalten habe. Da kein Teil von seinen politischen Anschauungen abgehen wolle, seien die Gegenstände nicht zu besitzigen, und es sei sinnlos, eine solche Ehe aufrecht zu erhalten.

Eine Bibel in Esperanto. In der nächsten Zeit wird eine Bibel in Esperanto in England veröffentlicht werden. Es handelt sich dabei nur um das Alte Testament; gleichzeitig wird daran erinnert, daß schon im Jahre 1912 eine Esperanto-Bibel für das Neue Testament ausgegeben worden ist.

Zum Sachsenkonflikt.

Die Stellung der Bezirksvorstände.

Zur Erklärung der Fraktionsmehrheit über den Sachsenkonflikt, die wir im Auszug veröffentlicht haben, sendet uns Genosse Lipinski als Vorsitzender des Bezirks Leipzig Darlegungen über die Stellung der Bezirksvorstände. Er wendet sich gegen die Behauptung, daß die Zurücknahme der Ausschlußverfahren weder in der Macht, noch in der Absicht der Bezirksvorstände Sachsens gelegen habe. Er schreibt:

„Die Bezirksvorstände hatten aber auch das Recht und die Macht, den Beschluß auf Rücknahme der Ausschlußverfahren aufzuheben und durchzuführen.“

Die Bezirksvorstände sind zwar Richter über die von den Ortsvereinen beantragten Ausschlußverfahren, sie sind aber zugleich die Vorstände der Bezirksorganisation, und haben als solche die politischen Entscheidungen zu fällen.

Im Landesorganisationsstatut ist bestimmt, daß die Bezirksvorstände die Landesinstanz Sachsens bilden und über einheitliche politische Maßnahmen für Sachsen entscheiden.

Nach der Entscheidung des Parteivorstandes, die Auflösung des Landtages herbeizuführen, zuvor aber die Ausschlußverfahren zu erledigen, war das Ausschlußverfahren Bestandteil einer politischen Frage und Entscheidung geworden, die an rechtliche Normen nicht gebunden ist.

Dazu kommt ein anderes Moment. Der Parteivorstand wollte alle Ausschlußverfahren vor ein Schiedsgericht bringen, weil alle Handlungen aus einer einheitlichen Quelle abgeleitet werden konnten. Damit wären die Bezirksvorstände einverstanden. Die 23 verlangten aber je ein Schiedsgericht für die vier Bezirke und der Parteivorstand hatte denselben Vorsitzenden für alle Schiedsgerichte bestellt. Das Schiedsgericht für Leipzig hatte aber bereits entschieden und die Beschlüsse freigesprochen. Da der Vorsitzende auch bei den anderen Schiedsgerichten sich nicht mit sich selbst in Widerspruch setzen konnte, so war eigentlich durch das Leipziger Urteil auch das Urteil in den drei anderen Schiedsgerichten gefällt. Hätten die 23 dem Vorschlag des Parteivorstandes Folge geleistet, so wäre das Ausschlußverfahren längst vor dem 1. Juli erledigt worden.

Genosse Lipinski bezeichnet zum Schluß die prinzipielle Zurücknahme der Ausschlußverfahren als folgerichtige politische Handlung, die davon ausgegangen sei, daß die Wiederherstellung der Geschlossenheit der Partei wichtiger sei als das Urteil über Handlungen einzelner Personen.

Die Reichsamnestie-Vorlage.

Dem Reichsrat zugegangen.

Dem Reichsrat ist der Entwurf eines Reichsamnestiegesetzes zugegangen, das aus Anlaß des Beschlusses in der Reichspräsidentenschaft seit langem angekündigt war, aber bisher keine feste Form gewonnen hatte.

Der Entwurf will alle noch nicht verurteilten Strafen wegen Verbrechen gegen die sogenannten politischen Paragraphen des Strafgesetzbuchs (Hochverrat usw.) sowie gegen die §§ 7 und 8 des Republikstrafgesetzes als nichtig erklären, wenn der Strafrest höchstens ein Jahr Gefängnis oder Haft oder Geldstrafe beträgt.

Alle noch nicht erledigten Verfahren wegen Verstoßes gegen § 8 des Republikstrafgesetzes (Beschimpfung des Reichspräsidenten Ebert) sollen eingestellt werden.

Ferner sollen alle anhängigen Verfahren wegen Verstoßes gegen §§ 81 bis 86, 128 und 129 des Strafgesetzbuchs eingestellt werden, wenn die Straftat spätestens im Oktober 1923 verübt wurde.

Ausgeschlossen von der Amnestie sollen diejenigen bleiben, die ein Verbrechen gegen das Leben begangen haben, oder die aus Rohheit oder Eigennutz und nicht aus politischen Gründen handelten.

Die große Flaute.

Vom Parteitag der Kommunistischen Partei.

„Der redet noch den ganzen Parteitag auseinander“, meinte ein Delegierter in den Wandelgängen zu der Rede seines Parteivorstehenden Thälmann. Es war wirklich zum Auswachen, wie man zu sagen pflegt. Erst sind die geistige Vormittagsstimmung des kommunistischen Parteitages mit anderthalbhündiger Verspätung an, weil die Delegierten sich bis dahin noch nicht von den Anstrengungen eines „großen Meetings“ am Abend vorher erholt hatten. Dann verlas Hindenburgs Transportarbeiter mit ewig gleichbleibendem Wortfall sein Manuskript über die Kommunisten und die Gewerkschaftsbewegung. Das war eigentlich nichts anderes als eine unendlich lange Variation des Themas, daß die „Eroberung der Gewerkschaften“ durch die Kommunisten mißglückt ist. Natürlich fehlte auch diesmal nicht die „Analogie“. Und die sieht so aus: Eine frühere Berechnung der Kommunisten, daß es in der Gewerkschaftsbewegung 10 000 Angestellte gebe, sei falsch. Nach der neuesten Statistik sind es nur 5000. Im Durchschnitt kommt auf 1000 Mitglieder ein Angestellter, 24 000 gewerkschaftliche Stellen haben überhaupt keinen Angestellten. Also mit der Behauptung, die „Bonzys“ seien daran schuld, daß die Kommunisten in den Gewerkschaften keine Rosen pflanzen können, ist es nichts. Die Mitglieder sind daran schuld. Und das geht so zu: In den Gewerkschaften sind nach der Thälmannschen Statistik 600 000 Sozialdemokraten, aber nur 200 000 Kommunisten. Die große Mehrzahl der Gewerkschaftsmitglieder, 85 Prozent, ist politisch unorganisiert. Nach dieser „Analogie“ liegt es also nur an der Lässigkeit der kommunistischen „Vorhut“, daß nicht die Sozialdemokraten über den Haufen gerannt und die Gewerkschaften für die mostowische Weltrevolution gewonnen werden. Herr Thälmann berichtet dann noch einige nette Einzelheiten. Der Siemenskonzern mit 40 000 Arbeitern hat 220 Funktionäre, unter ihnen befinden sich aber nur 14 Kommunisten. Im KfA-Bund und im Allgemeinen Deutschen Beamtenbund haben die Kommunisten überhaupt keinen Einfluß. Fünfundsechzig Prozent der Arbeit der Gesamtpartei müsse nun an die Eroberung der Gewerkschaften gemeldet werden, wie es Herr Sinowjew in seinem Hirtenbrief an den Parteitag befohlen hat. Allerdings legt sich in diesem Punkt Thälmann mit Ruth Fischer in Widerspruch, die die Hauptarbeit der kommunistischen Partei auf die Bekämpfung der rechten und ultralinken Abweichungen konzentriert wissen will.

Dann begann die Diskussion über das Referat von Ruth Fischer. Zuerst sprach Dr. Rosenberg. Trotzdem der für die Kommunisten so ungünstigen Verhältnisse hätten doch noch alle Arbeiter von diesem Parteitage Anregungen erwartete. Ruth Fischer habe aber nichts von den Fragen berührt, die das Proletariat betreffen. Die außerordentlich wichtige Aufgabe der Verständigung zwischen der deutschen und französischen Eisenindustrie, die mindestens so wichtig sei wie das Sachverständigenabkommen, sei von ihm gar nicht erwähnt worden. Die Räumung des Ruhrgebietes habe sie mit einer Phrasen abgetan, obgleich sie doch eine wesentliche Erleichterung der Lage der dortigen Arbeiter bringe. Ebenso oberflächlich habe sie die Aufgabe der wirtschaftlichen Stabilisierung behandelt. Die Sozialdemokratie lasse sich durch tattische Manöver nicht entlarven. Sowohl in der Zollfrage wie im Steuerkampf habe es die Sozialdemokratie den Kommunisten nicht so leicht gemacht, wie die es sich gedacht hätten. Es genüge nicht, Kritik zu üben, sondern man müsse ein positives Wirtschafts- und Finanzprogramm aufstellen, müsse mehr analysieren, um den Arbeitern zu zeigen, wie es in

der deutschen Wirtschaft aussehe. Dann polemisiert er in ganz respektvoller Weise gegen den Zursätzaner. Es hätten bei ihm wohl sozialistische Reigungen vorgeherrschet, als er den „Ultraslinken“ vorwarf, sie hätten sich in die antibolschewistische Front eingereiht. Nach seiner Meinung habe man mit der neuen Taktik eine Revision der Beschlüsse des Fünften Weltkongresses vorgenommen. Was im Mai beschlossen wurde, soll jetzt schon wieder revidiert werden. Rosenberg erörtert dann die verschiedenen Arten der „Manöver“ und „Abweichungen“ von der bisherigen Linie, die den ersten Schritt zur Revision der leninistischen Staatslehre bildeten. Seine Freunde hätten eine Erklärung formuliert, leider aber habe sie die „Rote Fahne“ bisher noch nicht abgedruckt. Den Appell Ruth Fischers an die schwierige Front parierte er zum Schluß mit einem Hymnus auf den Knotenstod. Der Rote Frontkämpferbund habe durch seine Veranlassungen gezeigt, was ernsthafte Arbeit sei. Er hatte sehr starken Beifall und zum Teil von denselben Leuten, die am Tage vorher Ruth Fischer so lebhaft applaudiert hatten.

Nachmittags ging die Diskussion weiter. Einige Delegierte aus der Provinz machten Rosenberg zum Vorwurf, er habe sich gegen die „Kommintern“ gewandt und damit die stärkste Stütze Sowjetrusslands entzogen. Als zweiter Redner der Ultraslinken sprach mit verlängerter Redezeit Werner Scholem. Man hörte zuerst ein Vorgesprochenes über Manöver, Einheitsfrontpolitik, Duldungspolitik und ähnliche Dinge. In der bisherigen Debatte seien kindische Formulierungen angewendet worden. Die Notwendigkeit, gegen den Monarchismus zu kämpfen, habe man in der kommunistischen Partei erst erkannt, als Hindenburg schon gewählt war. Eine Monarchie sei unter Umständen besser als eine Republik, man müsse das nur den Arbeitern klarmachen. Was bringt denn Hindenburg Neues in die deutsche Republik? Man solle nicht vor dem Vornamen zurückschrecken, daß man Steigbügelhalter der Reaktion sei, und nun belege es Herr Scholem mit vielen Zitaten aus Ruth Fischerschen Artikeln und Reden, daß sie bis vor ganz kurzen auf demselben Standpunkt gestanden habe. Früher redete man von Einheitsfronttaktik, jetzt von Entlarvungs- und Demaslierungsmandatoren und von ultralinken Abweichungen. Nicht er und seine Freunde hätten ihre Stellung verändert, sondern Ruth Fischer habe sich gewandelt. Er würde es aber nicht mit dem Sage aus dem biblischen Buch Ruth halten: „Wo du hingehst, da werde auch ich hingehen.“ Den Weg, der nach Canossa führe, werde er nicht beschreiten. Zum Schluß versicherte er, daß er trotzdem bereit sei, für die Partei weiter zu arbeiten. Auch hier wieder stürmischer Beifall.

Am ehe machte darauf Scholem zum Vorwurf, daß er nicht die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse sehe, die eine neue Taktik notwendig mache. Wie komme er dazu, solche krievolen Zwischenrufe bei den Ausführungen des Vertreters der Exekutive zu machen und jetzt eine so srisivole Antwort darauf zu geben? Nachdem diese Sünde gegen den heiligen Geist von Moskau festgestellt war, begann der dritte von den „Ultraslinken“, Weber aus Halle, seine Ausführungen mit dem Bekenntnis, daß sie sich ihre Knochen nun nummeriert hätten, als sie hierher gekommen seien. Es sei einfach, jetzt in der Zeit der Flaute mit neuen tattischen Vorschlägen zu kommen, aber die „Ultraslinken“ wollten doch nichts weiter, als daß die Partei bei ihrer bisherigen Linie verharre. Die Debatte schleifte sich noch bis zum Abend hin, sie fand kein besonderes Interesse mehr. Im ganzen genommen gewann man wiederum den Eindruck, daß alle „Manöver“, sei es gegen die Sozialdemokratie, sei es gegen die Freunde im eigenen Lager, der kommunistischen Partei nicht mehr auf die Beine helfen werden. Die Flaute, von der auf dem Parteitag gesprochen wurde, herrscht nicht nur in der Arbeiterbewegung, sie herrscht nur bei der kommunistischen Partei.

Gegen den Geist der Verfassung.

Sozialdemokratische Erklärung gegen die bayerische Regierung.

München, 16. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der bayerische Landtag hat am Donnerstag mit der Verabschiedung des Finanzgesetzes, das die Abschlüsse sämtlicher Haushalte enthält, die Session 1924/25 geschlossen. Für das Finanzgesetz stimmten sämtliche bürgerlichen Parteien, also auch die außerhalb der Regierungskoalition stehenden Fraktionen der Völkischen und der Freien Vereinigung (Demokraten und Zentrum). Die sozialdemokratische Fraktion nahm die Gelegenheit noch einmal wahr, um der Regierung ihr schärfstes Mißtrauen auszusprechen. In der abgegebenen Erklärung begründete sie ihre Stellungnahme wie folgt:

„Die bayerische Regierung und die bayerischen Koalitionsparteien sind eine Stütze der zurzeit im Reiche herrschenden Rechtsregierung, die in ihrer Fortsetzung ungerechten und unsozialen Haltung gegen den Geist der Verfassung verstößt. Sie trifft die volle Mitsverantwortung für das Vorgehen der Reichsregierung. Wenn die bayerische Staatsregierung jetzt in einem Augenblick höchster Not den Landtag zum jerslichen Protest gegen die Maßnahmen der Reichsregierung aufruft, so legt sie Unterschrift und Siegel unter den völligen Zusammenbruch ihrer eigenen Politik der letzten fünf Jahre. Wir stellen deshalb fest, daß wir der bayerischen Regierung unsere schärfste Mißbilligung aussprechen, als wir der von ihr ersonnenen Resolution (über den Finanzausgleich, D. Red.) zustimmen. Es ergibt sich hieraus die Ablehnung des Finanzgesetzes als weiterer Ausdruck des Mangels an Vertrauen zur Regierung. In dieser Stellungnahme werden wir bestärkt durch das Verhalten der Regierung und der Koalitionsmehrheit gegenüber den bayerischen Gemeinden, gegen die sie auf finanziellem und steuerlichem Gebiete die gleichen Methoden anwendet, die sie bei der Reichsregierung so scharf zurückweist. Die Aufrechterhaltung des bayerischen Ausnahmezustandes stellt in seiner einseitigen und parteiischen Handhabung ein Ausnahmegericht gegen einzelne Schichten des bayerischen Volkes dar. Die Staatsregierung hat es bisher trotz der Zusagen im Landtage nicht vermocht, die ihr unterstellten Verwaltungsbehörden auf den Weg des gleichmäßigen Vollzugs der Gesetze zurückzuführen. Diese Tatsache bestärkt uns in unserem Entschluß, der Staatsregierung durch Ablehnung des Finanzgesetzes das Vertrauen zu versagen.“

Sozialdemokratie und Justiz.

Die Beratungen des Hauptausschusses des Landtages über den Justizhaushalt wurden am Donnerstag zu Ende geführt. In der Abstimmung wurden der größte Teil der sozialdemokratischen Anträge, so die Bemessung der Geldstrafe nach den wirtschaftlichen Verhältnissen des Täters, Wiederherstellung der Schwurgerichte, Sicherung der staatsbürgerlichen Freiheit und der Gesundheit während der Untersuchungsfrist, rasche Klärung der Rechtsmäßigkeit der Untersuchungsmaßnahme, Neubau einer modernen Strafanstalt usw., angenommen. Alle mit der Verbesserung des Strafvollzugs zusammenhängenden Fragen, vor allem auch die von der Fraktion geforderte Sicherung des brieflichen Verkehrs zwischen Gefangenen und Abgeordneten, sollen noch einmal gesondert durchberaten werden; wahrscheinlich wird der Rechtsausschuss diese Arbeiten erledigen. Der sozialdemokratische Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe wurde gegen die Stimmen der Linken abgelehnt.

Am 31. August beginnt der Hauptausschuss die Beratung des Haushalts für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

Beamtin und Ehe.

Ein Protest der weiblichen Reichstagsabgeordneten.

Die weiblichen Reichstagsabgeordneten aller Parteien haben folgendes Schreiben an die Mitglieder des Reichstags gerichtet:

„Die Frauen des Reichstags wenden sich nochmals dringend an die Mitglieder des Reichstags, den Beschlüssen des Haushaltsausschusses zu Artikel 14 der Personalabbaubehaltung nicht zuzustimmen. Der Artikel 14 widerspricht den verfassungsgemäß den Frauen gewährleisteten Rechten, er geht über die heutigen großen sozialen Schwierigkeiten der Beschließung hinweg und unterstellt die verheirateten Beamtinnen einem Sonderrecht, gegen das sie vom Standpunkt der Frau und der Beamtin mit Recht auf das nachdrücklichste Verwahrung einlegen.“

Zur Räumung des Ruhrgebietes.

Die Zahlen der Gesamtbesatzung im deutschen Westen.

Berlin, 16. Juli. (U.) Die Nachrichten über die Räumung des Ruhrgebietes sind vielfach widersprechend. Das hat seinen Grund darin, daß die Franzosen anscheinend ihre Truppenkompanien- und sogar zugweise aus dem Ruhrgebiet zurückziehen. Daß verschiedentlich im alibi besetzten Gebiet Quartiere für die Ruhrbesatzung angefordert werden, läßt nicht unbedingt darauf schließen, daß die Ruhrbesatzung nun dem alibi besetzten Gebiet zur Last fallen wird. Es ist möglich, daß die Truppen im Rheinland konzentriert werden und daß sie dort verteilt werden. Die marokkanische Division, deren Abtransport nach Marokko gemeldet wurde, besteht nicht nur aus Marokkanern, sondern auch aus Angehörigen anderer afrikanischer Stämme unter französischen Stabsoffizieren.

Die Gesamtbesatzung beträgt 117 000 Mann gegen 71 000 Mann früheren deutschen Militärs im gleichen Gebiet. Im alibi besetzten Gebiet haben die Franzosen zwei Armeekorps, eine Kavalleriedivision und Luftbrigade, ferner andere Formationen, wie Maschinengewehre und Tanks, die Belgier eine Armeedivision unter einem Generalkommando. Im Ruhrgebiet standen zwei französische Divisionen und ein belgisches Detachement. Die Gesamtbesatzung setzt sich zusammen aus 93 000 Franzosen, 12 500 Belgiern und 8 800 Engländern, dazu kommen im Bruckenskopf 1150 und im Saargebiet 4850 Mann Besatzung.

Essen, 16. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Räumung von Kettlinghausen wird am 19. d. M. stattfinden. Das in Kettlinghausen stationierte Dragonerregiment Nr. 18, das als fliegende Truppe der 3. Division (32. Armeekorps) angegliedert ist, wird über Westerholt und Suer nach Essen abrücken, von wo die Truppen nach Landau verladen werden. In Landau stehen bereits 3 Regimenter Dragoner.

Von französischer Seite verlautet, daß nach einer am Donnerstag bekanntgemachten Verfügung des Kriegsministeriums sämtliche aus den zu räumenden Teilen des Ruhrgebietes frei werdenden Infanterieregimenter sofort nach dem Abtransport nach Marokko verladen werden. Die frei werdende Artillerie und Kavallerie wird in das besetzte Gebiet abtransportiert.

Der österreichische Visumzwang.

Gleichzeitige Verhandlungen mit Italien.

Wien, 16. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Verhandlungen zwischen Deutschland und Österreich zur Aufhebung des Visumzwanges für Reisepässe stehen vor dem Abschluß. Es darf als sicher angenommen werden, daß demnächst der Visumzwang ganz wegfallen wird. Österreich plant ein ähnliches Abkommen mit Italien. Schritte sind schon zu diesem Zwecke in Rom unternommen worden.

Truppen nach Marokko.

„Besorgniserregende Zuspitzung der Lage.“

Paris, 16. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die neue besorgniserregende Zuspitzung der militärischen Lage in Marokko hat die französische Regierung veranlaßt, die Entsendung neuer großer Truppenverbände anzuordnen. Außerdem wird sich Marschall Beain, einer der schlagfertigsten Generäle Frankreichs, am Freitag im Flugzeug nach Fes begeben, um dort mit dem Marschall Lyautey über die Fortsetzung der Operationen zu beraten. Es ist sicher kein Zufall, daß die französische Regierung sich diese Maßnahmen bis nach der Vertagung des Parlaments aufgeschoben hat. Die offizielle Ankündigung, daß die französischen Friedensbedingungen in den nächsten Tagen von dem Marokkaner abgelehnt werden sollen, dürfte nichts mehr als eine Beschwichtigung der öffentlichen Meinung sein.

Der Korrespondent des „Journal“ in Fes berichtet, Abd el Krim habe einem französischen offiziellen Abgeordneten gegenüber erklärt, daß er kein Waffenstillstandsangebot annehmen werde.

Die Solidarität der Muselmanen.

London, 16. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Araber Palästinas entwickeln eine rege Solidarität, um Geldmittel für Abd el Krim zusammenzubringen. In der Omar-Rosche wird für den Sieg der Rifabgyn gebetet.

Verschöörung gegen die türkische Republik.

Rechtzeitige Aufdeckung.

Konstantinopel, 16. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In verschiedenen türkischen Städten hat die Regierung in den letzten Tagen eine weltverbreitete Verschöörung gegen die Republik aufgedeckt. Alle jetzt führenden Politiker fallen von den Anhängern des alten Kaisers ermordet werden. Eine ganze Reihe von Verhaftungen ist vorgenommen worden. Das republikanische Tribunal hat gegen den früheren Sultan Bagid Eddin, den Prinzen Selim und Kras Hamgl-Pascha eine gerichtliche Verfolgung eingeleitet.

Keine dänische Kabinettstrie. Die Mitteilung eines Berliner Abendblattes, daß der frühere dänische Gesandte und jetzige Außenminister des sozialdemokratischen dänischen Kabinetts, Molise, aus dem Amte zu scheiden beabsichtige, ist frei erfunden. Der Minister befindet sich zurzeit in London, wo er mit dem englischen Kabinett verhandelt.

Die Danziger Hafenzone. Im Danziger Postkonflikt hatte der Ständige Internationale Gerichtshof entschieden, daß Polen im Danziger Hafengebiet eine eigene Post einrichten dürfe. Zur Festsetzung der Grenzen dieses Hafengebiets berief der Völkervertrag je einen Schweizer, Holländer, Brasilianer und Belgier. Dieser Ausschuss prüfte in Genf die Akten und begab sich danach nach Danzig.

Die tschechoslowakischen Minister, die infolge des Vatikan-Konflikts zurücktraten, führen vorläufig ihre Ämter weiter fort.

Gewerkschaftsbewegung

Arbeiterdelegationen nach Rußland.

Genosse Bollmerhaus, Sekretär des ADGB für Berlin-Brandenburg, schreibt uns:

Anfangs des vierten Geschäfts der Kommunistischen Partei über die Entsendung von Arbeiterdelegationen nach Rußland zum Studium der russischen Wirtschafts- und Arbeitsverhältnisse, möchte ich aus meiner Erfahrung einiges zur Beurteilung über die Behandlung solcher Delegationen mitteilen.

Im Januar und Februar 1922 wurde ich vom Internationalen Gewerkschaftsbund beauftragt, einen Transport Lebensmittel für die hungernden Russen nach dem Hungergebiet zu schaffen. Dabei hatte ich Gelegenheit, mich 14 Tage in Moskau aufzuhalten. Als ganz selbstverständlich betrachtete ich es, gerade in der damaligen Zeit, auch Betriebe zu besichtigen. Eines Tages entschloß ich mich, zum dortigen Metallarbeiterverband zu gehen, um den größten Metallbetrieb Moskaus besichtigen zu können.

Es wäre nun nach den allgemeinen, in Deutschland vorherrschenden Begriffen, wonach die russischen Gewerkschaften die Träger der dortigen Betriebe seien, einfach gewesen, mir einen solchen Betrieb zu zeigen. Aber weit gefehlt! Der Sekretär des Metallarbeiterverbandes war entweder dazu nicht in der Lage, oder er wollte nicht. Ich mußte deshalb wieder unerwarteter Sache von dannen ziehen. Trotzdem ließ ich mich nicht abhalten, am nächsten Tage wieder hinzugehen. Wieder gab es allerlei Ausreden, bis ich ganz energisch darauf bestand, mich mit dem Vorsitzenden der Metallischen Gewerkschaften, Herrn Lofowski, telefonisch zu verbinden. Lofowski, den ich in Berlin kennengelernt und der durch die deutschen Gewerkschaften die Einreiseerlaubnis nach Deutschland erhalten hatte und von uns in jeder Weise unterstützt worden ist, war nicht gerade erbaut von meinem Verlangen, den Moskauer Metallbetrieb zu besichtigen. Ich konnte nur ein paar Sätze über diese Angelegenheit mit ihm telefonisch reden. Ich hatte jedenfalls erreicht, daß nunmehr der dortige Metallarbeiterverband veranfaßt wurde, mir den Betrieb zu zeigen.

Damals hatten auch die russischen Gewerkschaften Autos zur Verfügung. Die zu besichtigende Fabrik liegt außerhalb der Stadt. Ich nahm mir zur Besichtigung einen deutschsprechenden Ingenieur als Dolmetscher mit. Tags darauf sollte die Besichtigung stattfinden. Das Auto fuhr vor. Als man jedoch meinen Dolmetscher bemerkte, konnte das Auto auf einmal drei Personen nicht ertragen. Erst durch mein ganz energisches Auftreten, daß ich dann auf das Auto verzichtete und zu Fuß den Betrieb aufsuchen würde, bequemte man sich zu der Fahrt.

Als ich dann wieder nach Deutschland kam und ein zweiter Transport nach Rußland geschafft werden sollte, wurde ich von leitenden Genossen gemahnt, nicht wieder nach Rußland zu fahren. Ich hatte nämlich seinerzeit der Öffentlichkeit die dortige Arbeitsweise und Betriebsverhältnisse geschildert. Wir konnten man keine botanischen Dörfer vormachen. Den Arbeiterdelegationen wird man aber nur diese zeigen, davon bin ich auf Grund meiner Erfahrungen überzeugt.

Die Selbstverwaltung der Postkleiderkassen.

Für den Bezirk jeder Oberpostdirektion besteht eine Kleiderkasse, die den Zweck hat, den Mitgliedern die nötigen Dienstkleidungsstücke zu verschaffen. Die Kosten der Dienstkleidung trägt zu einem Drittel die Postverwaltung, zu zwei Dritteln werden sie von den Mitgliedern der Kleiderkasse getragen. Die Kleiderkassen haben eine Satzung, die ihre Aufgaben und ihren Geschäftsbetrieb regelt.

Der Vorstand der Postkleiderkasse im Bezirk Berlin bestand bis auf den letztgenannten von der Oberpostdirektion zu ernennenden 1. Vorsitzenden aus Beamten freigewerkschaftlicher Organisationen, der mit Rücksicht auf die Interessen der Beamten gegenüber den parzellierten Uniformlieferanten aus dem Tuchsyndikat vertrat. Die Oberpostdirektion, der dieser Vorstand unüblich war, erhob gegen ihn den Vorwurf der passiven Bestechlichkeit, ohne jedoch im Zeitraum von 4 Monaten ein gerichtliches Verfahren einzuleiten. Vielmehr wurden zwei Mitglieder des Vorstandes vom Amt suspendiert und zwei weitere Mitglieder zungsweise ihrer Vorstandsposten entzogen und zu ihren Dienststellen zurückveretzt. Auf Antrag einer gegnerischen Organisation wurde von der Oberpostdirektion eine außerordentliche Hauptversammlung der Kleiderkasse zum Zweck einer Neuwahl des Vorstandes einberufen. Diese Maßnahme widerspricht dem klaren Wortlaut der Satzung und wird von dem rechtmäßig gewählten Vorstand nicht anerkannt. Trotzdem hat diese außerordentliche Versammlung stattgefunden und in Anwesenheit von drei Posträten, denen die elementare Technik der Versammlungsleitung abging, wurde ein neuer Vorstand gewählt. Ein Oberposttrat verlas in der Versammlung eine 16 Seiten lange Verfügung der Oberpostdirektion gegen den alten Vorstand, ohne daß es den Angegriffenen möglich gewesen wäre, sich dagegen zu verteidigen. Satzungen, Vereinsgesetz und Bürgerliches Gesetzbuch kimmern die Oberpostdirektion nichts, sie fühlt sich auch in privatrechtlichen Angelegenheiten der Beamten als vorgegebene Behörde. In der außerordentlichen Hauptversammlung der Postkleiderkasse ging es daher sehr erregt zu. Etwa 60 Delegierte verließen den Saal, weil sie die Rechtmäßigkeit der Versammlung nicht anerkannten und beauftragten den alten Vorstand, die gerichtliche Entscheidung herbeizuführen. Es wird sich also demnächst zeigen, ob die vorgegebene Behörde selbstherrlich über die Mitgliederbeiträge zu verfügen hat, oder ob auch die Behörde sich den Satzungen fügen und den Mitgliedern der Kleiderkasse das ausdrücklich zugestandene Mitbestimmungsrecht gewahren muß.

Zur Lage im Bauarbeiterstreik.

Entsprechend den Beschlüssen der am Bauarbeiterstreik beteiligten Organisationen haben sich am Donnerstag die vereinigten Streikleitungen mit der augenblicklichen Situation befaßt. In den nächsten Tagen werden Versammlungen stattfinden, die sich mit den Vorschlägen der Streikleitung beschäftigen werden.

Die Stultkatzen zum Bauarbeiterstreik.

In einer stark besuchten Versammlung der Fachgruppe Stuck- und Gipsbau im Gewerkschaftshaus gab Schick als Berliner Fachgruppenobmann einen zusammenfassenden Bericht über die allgemeine Streklage. Er stellte unter anderem klar, daß die Behauptung des Syndikus Dr. Milenz, die Fachgruppe beteilige sich aus Sympathie am Streik, nicht zutrifft. Der Lohn der Stuckateure und Krahler regelt sich prozentual nach dem Maurerlohn. Durch die Ablehnung der Lohnforderungen der Maurer ist auch diese Gruppe automatisch in den Kampf hineingezogen worden. Er gab weiter bekannt, daß ein Unternehmer die Gruppenleitung ersucht hat, zur Ausbildung und Überwachung der Lehrlinge einen sogenannten Poller, den es noch dem Tarifvertrag im wörtlichen Sinne nicht gibt, freizugeben. Dieses Ansinnen wurde von der Versammlung mit Entrüstung zurückgewiesen, da es den Ansehen hat, in die Reihen der Streikenden eine Bresche zu schlagen. Es wird gedroht, die Lehrlinge ohne Bezahlung auszuheben und sie diese Zeit nachlernen zu lassen. Einen ganz turjosen Standpunkt nimmt die Firma Junkersdorf ein. Sie ersucht, die Arbeit bei ihr wieder aufzunehmen, da sie gewillt ist, nach erfolgter Beendigung des Kampfes die durch ihn erzielteten Löhne zu zahlen. Wenn man noch diesem Rezept verfahren würde, brauchte man so nach Ansicht der Firma überhaupt nicht erst zu streiken. Die Versammlung brachte klar zum Ausdruck, daß auch sie im Rahmen der gesamten Bewegung des Baugewerbes bis zum vollen Erfolge ihren Mann stehen werden.

Transportarbeiterstreik bei Albert Gleiser A.-G.

Die bei der Firma Albert Gleiser, Berlin, Alexanderstraße, beschäftigten Transportarbeiter führen seit Monaten Beschwerden über die ihnen zugemutete außerordentlich lange Arbeitszeit. Wiederholte Verhandlungen führten zu keinem Erfolg. Die Firma versprach wohl Abhilfe zu treffen durch bauliche Veränderungen und bergleichen, ging statt dessen jedoch dazu über, als das Geschäft kurze Zeit stockte, mehrere Transportarbeiter wegen Arbeitsmangel zu entlassen um vier Tage später, als der Geschäftsgang wieder einsetzte, von den Arbeitern überstunden bis in die Nacht hinein zu verlangen. Als die Arbeiter erneut wegen Abschaffung der Überstunden, bezw. Bezahlung derselben vorstellig wurden, wurde von ihnen verlangt, solange zu warten, bis der Inhaber der Firma am Ende des Monats von seiner Erholungsreise aus der Schweiz zurückkehrt. Da eine Einigung nicht zu erzielen war, wurde am Montag die Arbeit eingestellt.

Aus dem „Terra-Glashaus“.

Das Arbeitgeberlohnkartell der Filmindustrie ließ uns folgende pressegeheime Berichtigung auf die in den Nummern 323 und 329 des „Vorwärts“ erschienenen Auslassungen über einen „Angriff der Filmunternehmer“ zugehen:

Am 7. Mai 1924 wurde zwischen dem Arbeitnehmerlohnkartell der Filmindustrie, bestehend aus dem Deutschen Metallarbeiterverband, Deutschen Verleherbund, Verband Deutscher Holzarbeiter, Verband der Zimmerer, Verband der Sattler und Tapezierer, Verband der Maler, Verband der Steinbrücker und Lithographen, Verband der Wachsinisten und Heizer, Deutschen Werkmeisterverband, der Deutschen Filmgewerkschaft und dem Arbeitgeberlohnkartell der Filmindustrie, bestehend aus dem Verband der Filmindustriellen e. V., Schuppenverband Deutscher Filmkopieranstalten, Verband Deutscher Filmateliers, Zentralverband der Filmverleiher, ein Kartellvertrag abgeschlossen, der am 25. Juli 1924 von der Reichsarbeitsverwaltung — IV 449/19 — für allgemeinverbindlich erklärt worden ist. Am 28. November 1924 ist nach dem von dem Vertreter des Verbandes der Steinbrücker und Lithographen und des Verbandes der Maler unterschriebenen Protokoll ausdrücklich festgestellt worden, daß die Filmgewerkschaft aus dem Arbeitnehmerlohnkartell ausgeschieden ist. Der Grund hierfür war der, daß die Filmgewerkschaft den Kartellvertrag, ohne die übrigen Mitglieder des Lohnkartells zu befragen, die denselben noch fortsetzen wollten, gekündigt hatte. Dieser Kartellvertrag besteht noch heute als allgemeiner verbindlicher Tarif unverändert fort. Der Antrag auf Aufhebung der Allgemeinverbindlichkeit ist am 29. Mai 1925 abgelehnt worden. Am 23. Juni 1925 ist zwischen den beteiligten Verbänden ein neues Lohnabkommen für die Zeit vom 26. Juni 1925 bis zum 1. bzw. 2. Oktober 1925 getroffen worden, das die Unterfristigen über Tarifverträge an diesen Vertrag gebunden, ebenso wie u. U. die Filmgewerkschaft bzw. die Mitglieder derselben an das Lohnabkommen gebunden sind. Die am Tarif beteiligten Gewerkschaften haben ausdrücklich auf Befragen erklärt, daß für sie kein Streik bestehe, da ja ein gültiges Lohnabkommen am 26. Juni er. abgeschlossen sei. Bei dieser ganzen Sachlage müssen wir darauf hinweisen, daß der Streik der Arbeitnehmer der Terra-Glashaus G. m. b. H. sich lediglich gegen den Atelierbetrieb dieser Gesellschaft und nicht gegen den Betrieb der mit der Terra-Glashaus G. m. b. H. nicht identischen Filmfabrikanten bezieht. Die Herstellerin war lediglich Mieterin des Ateliers. Wenn sie also ein neues Atelier mietete, wie beispielsweise das Max-Film-Atelier, so hatten die Arbeitnehmer desselben gar keinen Grund und kein Recht, die Arbeit zu verweigern.

Zu dieser Berichtigung erklärt die darin angegriffene Filmgewerkschaft:

„Es trifft zu, daß ein verbindlicher Kartellvertrag besteht, was auch von uns bisher nicht bestritten worden ist. Fest steht aber, daß das Lohnabkommen keinerlei rechtserhebliche Kraft besitzt und von den in der Berichtigung aufgeführten Verbänden für ihre Mitglieder abgeschlossen wurde. Sowohl vom Schlüssler, als auch von den Vertretern des Verbandes der Filmindustriellen wurde zugegeben, daß keinerlei Bindung für die Mitglieder der Filmgewerkschaft besteht. Dieses wird in der Zuschrift vom 28. Februar 1925 an die Deutsche Filmgewerkschaft ausdrücklich betont, mit dem Hinweis, daß wir nicht mehr Vertragsparteien seien und daher zu Lohnverhandlungen nicht herangezogen werden. Hieraus ergibt sich also, daß sich die Deutsche Filmgewerkschaft nicht selbst ausgeschlossen hat, sondern von den Arbeitgebern ausgeschlossen worden ist. Es kann daher den Arbeitgebern schließlich gleichgültig sein, welche Ursachen dem Austritt der Filmgewerkschaft aus dem Lohnkartell zugrunde lagen. Wir weisen ferner darauf hin, daß uns das ineinandergeschaltete System der einzelnen Filmunternehmer und deren Zweck wohl bekannt ist. Da ja Professor Glas Filmfabrikant im eigenen Atelier war, so spielt es gar keine Rolle, ob die Belegschaft ihre Forderungen gegen die „Terra-Glashaus G. m. b. H.“ oder gegen den Atelierbetrieb dieser Gesellschaft geltend machte.

Wenn nun die Unternehmer der Belegschaft Max-Film das Recht absprechen, aus Solidarität Streikarbeit zu verweigern, so möge diesen Herren gesagt sein, daß Solidarität zu den vornehmsten Aufgaben des Klassenbewußten Proletariats gehört.“

Metallarbeiterausperrung in Mecklenburg.

Die mecklenburgischen Metallindustriellen haben als Gegenmaßnahme gegen den Metallarbeiterstreik die Ausperrung angedroht. Da trotz dieser Drohung die Arbeit am Dienstag nicht aufgenommen wurde, erfolgte am Donnerstag die Ausperrung der gesamten Metallindustrie Mecklenburgs.

Massenausperrung in der Nachener Nadelindustrie.

Die Ausperrung der gesamten Belegschaft in der Nachener Nadelindustrie ist gestern Donnerstag erfolgt. Verhandlungen unter dem Vorsitz von Ministerialrat Dr. Webes wurden kurzerhand abgebrochen. Von der Ausperrung werden über 5000 Arbeiter betroffen.

Der Abbau im Ruhrgebiet.

Sie aus Duisburg gemeldet wird, hat die „Friedrich-Köhre-Hütte“ der Firma Krupp in Rheinhausen zwei Hochöfen außer Betrieb gesetzt und 600 Arbeiter gefeuert. Da sich den existenzlos werdenden Arbeitern keine andere Erwerbsmöglichkeit bietet, bleibt ihnen nur die Erwerbslospfürsorge.

Auch in Augsburg ausgepflegt!

Bei der Delegiertenwahl zum Breslauer Gewerkschaftskongress in der Augsburger Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes entfielen 1 1/2 Proz. der abgegebenen Stimmen auf die Liste der Kommunisten, während sich die übrigen 99 1/2 Proz. der Stimmen auf die Amsterdamer Liste vereinigten.

Die Eisernen Internationale.

Amsterdam, 16. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Vorstand der Metallarbeiter-Internationale tritt am Sonntag in Wiesbaden zusammen. Vor allem soll Beschlüssen über eine internationale Aktion zur finanziellen Unterstützung der Streikenden gefaßt werden. Vorläufig wurde der belgischen Zentralstreikleitung von der Metallarbeiter-Internationale eine halbe Million Frank zur Verfügung gestellt.

In Belgien streifen 70 000 Metallarbeiter.

Brüssel, 16. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Metallarbeiter der Provinz Lüttich und des Vorigen schlossen sich am Donnerstag dem Generalstreik der belgischen Metallarbeiter an. Damit sind nunmehr insgesamt 70 000 Metallarbeiter am Streik beteiligt.

Seemannsstreik in Australien.

London, 16. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In Melbourne begann am Dienstag ein wohl vorbereiteter Seemannsstreik, an dem sich 8000 Seeleute beteiligen werden. Die Schiffseigentümer und Dampfergesellschaften bereiten sich auf einen längeren Ausstand vor.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: Arthur Seiler; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Rechtswesen: Dr. John Schilowski; Sport und Spielarten: Erik Rühl; Wissenschaft: Dr. Walter Schmidt in Berlin; Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 6, Lindenstraße 2. Hieran 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

Der Mensch lebt nicht von dem, was er ißt, sondern von dem, was er verdaut.

Darum ist **MAIZENA**

so berühmt, weil selbst der schwächste Magen es verdaut. Aus jedem gelben MAIZENA-Päckchen stehen vorzügliche Nektare. Mehr noch stehen in dem MAIZENA-Rohgmehl, das jeder unsonst erhalten kann durch die Deutsche Maizena Gesellschaft A.-G. HAMBURG 15.

C
Spittelmarkt
Ecke Wallstraße
Alexanderplatz
nahe Aschinger
Königsstr. 55
gegenüber Rathaus

W
Friedrichstr. 195a
Ecke Leipziger Straße
Leipziger Str. 115
Ecke Mauernstraße
Linkstr. 1
Ecke Potsdamer Straße

N
Schönhäuser Allee 81
am Bahnhof Nörding
Friedrichstr. 106
Ecke Ziegelstraße
Invalidentstr. 164
Ecke Brunnenstraße
Invalidentstr. 117
am Stettiner Bahnhof
Chausseestr. 72
nahe Mühlentorstraße

Frankfurter Allee 14
nahe T 112



Für die Reise — Ruhnke's Televist!

Besonders günstiges Angebot.

Unsere Televist- und Gral-Gläser werden in eigener Fabrik bei Rathenow hergestellt. Wir zeigen dieselben gerne ohne jeden Kaufzwang und laden freundlichst zur Besichtigung ein.

Für den Strand und das Gebirge empfehlen wir unsere Sonnenschutzgläser
in allen Farben und Preislagen.
Ferner als unentbehrliche Reisebegleiter:
Reise- und Höhenbarometer, Kompass,
Reisethermometer und Schrittzähler
in reicher Auswahl und zu billigsten Preisen.

NW
Friedrichstr. 150
Ecke Dorotheenstraße

SW
Friedrichstr. 225
Ecke Hindenburgstraße

Belle-Alliance-Str. 4
nahe Jandori

SO
Oranienstr. 44
zw. Moritz- u. Oranienplatz

Charlottenburg:
Tautenzienstr. 15
Ecke Harburger Str.

Joachimsthauer Str. 1
nahe Bahnhof Zoo

Neukölln:
Bergstr. 4
Ecke Althener Straße

Friedenau:
Rheinstr. 18
Ecke Kircstraße

Schöneberg:
Hauptstr. 21
Ecke Arkadenstraße

Wilmsdorf:
Berliner Str. 132-133
nahe Lindenstraße

Sind's die Augen, geh' zu Ruhnke!

35 Geschäfte in Berlin, Hamburg, Düsseldorf, Köln, Magdeburg, Essen, Basel u. Zürich. Fabriken in Rathenow, Neue Schleuse u. Berlin



Werder die märkische Obstkammer.

Wenn werderische Kirchen und Erdbeeren uns von den Bogen der Straßenhändler entgegenleuchten, so ist es das Zeichen, daß die arbeitsreiche Zeit des Jahres in Werder begonnen hat. Die Obst-ernte ist im vollen Gange. Auf dem Plantagenplatz in Werder, wo sich an den Blütemogen Bierzelte, Wurstbuden, Karussells, Würfelbuden dicht aneinander drängen, sieht man jetzt die von der Großstadt zugewanderten „Kirchenspfänder“ im Graze lagern, um auf den Abruf zur lohnenden Arbeit mit voller Beförderung zu warten.

Arbeitsneuland.

Morgens um 4 Uhr ist in der Märkischen Obstkammer bereits alles auf den Beinen. Der Weinmeister fährt mit seinen Leuten in die Obstgärten. 3000 Hektar umfaßt das gesamte Obstgelande, welches zwischen den Dörfern Alt-Geltow, Peham, Glindow, Wessow und Kemmich eingebettet liegt. Auf hohen Leitern in den Kirschbäumen stehend, oder gebüht die Erdbeerreihen durchziehend, wird nun von fleißigen Händen das reife Obst gepflückt. Es fällt sich Liane um Liane, Korb um Korb. Gegen Mittag wird das gepflückte Obst sortiert, sorgfältig in Spannförbe und Tienen gefüllt und nun zur Dampferstation oder zum Bahnhof befördert. Wer in Werder an den Hauptzugangstraßen wohnt, muß sich eines gesunden festen Morgenschlafes erfreuen können; denn um 4 Uhr früh raffen die Fuhrwerke auf Rindstoppelpflaster unaufhörlich zur Stadt hinaus. Auch ein Viertelstündchen Nachmittagschlaf gibt es nicht; denn da zählen die Bogen, die mit Obst schwer beladen über das Pflaster rollen, nach hunderten. Welchen Umfang der Obstbau nach und nach angenommen hat, läßt sich aus folgenden Zahlen erkennen. Durch das Dampfgeschloß werden jährlich durchschnittlich nach Berlin befördert: 60 000 Zentner Obst, darunter: 40 000 Zentner Kirsch und 20 000 Zentner Himbeeren. Nach Hamburg gehen jährlich gegen 10 000 Zentner. Der Versand aus Werder mit der Bahn ist auf 40 000 Zentner angegeben, so daß die Gelandausfuhr an Obst sich über 100 000 Zentner beläuft. Diese Zahlen reden aber auch eine deutliche Sprache von dem Fleiß der Werderaner, und er bleibt nicht unbekannt. Mit gefüllten Taschen kehren die Frauen der Obstplücker, manche täglich, andere wöchentlich nur einmal auf wenige Stunden während der Erntezeit in ihr Heim zurück, nachdem sie das ihnen täglich gefandene Obst in den Markthallen Berlins verhandelt haben, um die erzielte Einnahme dem dahim schaffenden Mann zu überbringen.

Die Anfänge der Obststadt.

Man sieht es dem jetzt zirka 7000 Einwohner zählenden Städtchen nicht an, daß es schon ein ehrwürdiges Alter besitzt. Zur Zeit Karls des Großen wohnten hauptsächlich in der sumpfigen Havelgegend die

heidnischen Wenden, und die Insel Werder, von Wasser umgeben, bot denselben einen sicheren Zufluchtsort gegen die feindseligen Sachsen, die ihnen mit Gewalt das Christentum aufdrängen wollten. 936 überließ der Sachsenherzog Heinrich I die in Werder wohnenden Chodowischen Wenden, ihr König Chodowj Knychtete, und ohne An-



Beim Kirschpflücken

führer unterwarfen sich nun die Wenden und wurden Christen. Dst lehnten sich jedoch die Wenden gegen ihre Besieger auf und so bekamen sie das Rittergeschlecht Stotels als Aufseher, das Jahrhundert hindurch die starke Faust führte, bis deren einer der Stotels in großer Geldverlegenheit die Insel für 1500 Taler im Jahre 1317 an das Kloster Lehnin verkaufte. In einer Urkunde vom 21. Oktober 1459 unterzeichnet vom Kurfürsten Friedrich II., dem Eisenhahn, wird Werder zum erstenmal als Stadt erwähnt, es wird ihr als solche das Recht zugesprochen, zwei Jahrmärkte abzuhalten. Als

unter Joachim II. der Reformation in der Wart Eingang verschafft wurde, und der Glanz der Klöster auch Lehnins Herrlichkeit damit erblicke, traten die Werderaner der Lutherischen Lehre bei und damit hörte das Eigentumsrecht des Klosters Lehnin auf. Somit war Werder 1540 wieder frei. Die ersten Anfänge, daß Werder die märkische Obstkammer geworden ist, sind in der Glanzzeit des Klosters Lehnin zu suchen. Auf den am linken Havelufer nach Südwesten fast ansteigenden Anhöhen pflanzten die Rönige die ersten Weinreben. Auch heute erinnern die Namen Weinmeister und Weinmeisterberg daran, daß die Weinrebe einst dominierend in Werder war. Um die Mitte des 18. Jahrhunderts nimmt die Obstkultur in Werder einen gewaltigen Aufschwung; neben der Weinrebe gedeiht schon mehr und mehr der süße Kirschbaum und mit jedem neuen Jahrzehnt vermindern sich die eigentlichen Weinberge und Rebengärten immer häufiger in Obstplantagen, die vornehmlich Kern- und Steinobst aufweisen. Heute ist der Weinbau gänzlich vergessen; aber mit um so größerem Fleiße hat sich der Werderaner dem Anbau des Strauchobstes zugewandt, unter dem die Himbeere die erste Stelle einnimmt.

Das Fenster im dritten Stock.

Die Zeiten sind vorbei, da der Berliner Bergnügen daran fand, vom Fenster aus das Straßenleben zu beobachten und aus den Mienen der zu bestimmten Stunden einherwandernden Personen auf die augenblickliche Gemütsstimmung des „allerhöchsten Herrn“ zu schließen. Wenn heute ein Berliner Mädchen das Räschen an die Fensterhebel drückt, so überfließt ihr Blick nur mechanisch das Gewimmel dort unten und ihre Gedanken sind mit anderen Problemen beschäftigt. Aber am Rande der Großstadt und in den Vororten, da finden sich noch Blitze vom hochgelegenen Wohnfenster, die „malerisch“ und „reizvoll“ zu nennen sind. So sehr vom ästhetischen Standpunkte das Aussehen solcher 3 bis 4 Stockwerke hoher Mietshäuser in bezug noch vorwiegend ländlichen Umgebung zu verurteilen ist — für den Glück- und Unglücklichen, der sie bewohnt, bieten gerade die oberen Stockwerke einen Ausgleich für das Alltägliche auf seinen Schönheitsstern. Zunächst ist zweifellos die Luft, die er atmet, die relativ reinste; er steht schon über den Straßenbäumen, die, wenn sie Linden sind, ihren aromatischen Duft zur Blütezeit ihm zu allererst senden. Und dann die Aussicht! Nicht immer, aber doch vielfach schweift der Blick von solcher Höhe über Gärten, Parks, Wälder, Wasserläufe und Wiesen hinweg bis zu der nächsten Ortschaft, die sich am Fuße des mächtig hohen Bergrückens seit alten Zeiten vorfindet. Der Kirchturm des Ortes tut oft Barometerdienst: ist er deutlich sichtbar, so ändert sich das Wetter. (Wenigstens sagen so die Leute!) Ihm machen aber die Kräfte der Funkstation eine mörderische Konkurrenz; sie schlagen seine Höhe um Pferdelängen. Aber der dazwischen liegende „Wienberg“ mit seinem runden, bewaldeten Buckel kümmert sich weder um Religion noch um Technik: er ist älter als alles Menschengebüden und öffnet seine schattigen Hallen Gläubigen und Ungläubigen. Strömt einmal der Regen nieder, so bekommt unsere Landschaft ein anderes Gesicht: alles sieht so frisch geworden aus. Und unsere Phantasie bevölkert dann Flur und Hain mit Schwänen und Elfenkindern, die sich im lauen Sommerregen baden.

Das schmutzige Tegell.

Zu unserem Bericht über „Badenerhältnisse“ in Tegell Nr. 312 des „Vorwärts“ vom 4. d. M. sind uns zwei Zuschriften zugegangen. Die erste weist darauf hin, daß nicht, wie es in dem erwähnten Bericht heißt, vier kleine öffentliche Badanstalten, sondern nur 2 bis 3 öffentliche Badewannen in einem Bartererraum der Gemeindegasse in der Treseowstraße für 25 000 Tegeller Einwohner zur Verfügung stehen.

Die zweite Zuschrift ist eine durch das Nachrichtenamt der Stadt Berlin übermittelte Erwiderung des Hauptgesundheitsamtes der Stadt Berlin, die wir im Wortlaut wiedergeben:

In der Protokollsammlung des Arbeiterportariats, die sich mit der Verunreinigung des Tegeller Sees beschäftigt, wurde aus der Versammlung heraus anerkannt, daß das Hauptgesundheitsamt der Angelegenheit die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt habe. Tatsächlich hat auf Grund der in der Deffektivität lautgewordenen Klagen das Hauptgesundheitsamt wiederholt Untersuchungen des Tegeller Sees vorgenommen und hier Verunreinigungen, wenn auch

Sinnenspiel.

Aus einem Tagebuch.

Mitgeteilt von Kurt Eisner.

S., 30. Juni 180.

Uebermorgen werde ich also zum ersten Male in meiner acht-jährigen Ehe auf längere Zeit verreisen, allein und zu meiner... Erholung. Der drohende Tod hat mich gelehrt: er machte aus einer alten verheirateten Sehnsucht eine Pflicht. Ich muß reisen, um mich den Meinigen zu erhalten. Der Arzt, von dem sie sagen, daß er mir das Leben gerettet, hat es befohlen, und ich folge gern. Ich hungere nach Einsamkeit und nach dem Meere; denn natürlich gehe ich wieder in mein liebes Fischerdorf, in dem ich vor Zeiten Jahr für Jahr Ruhe für meine Unrast suchte und fand. Doch dies Ziel meiner Reise ist mein Gebetmännchen. Der gute Doktor hat mir einen berühmten Kurort angewiesen, mit einem großartigen Sanatorium, gigantischen Preisen und einem umfangreichen Kirchhof. Man läßt sich dort chemisch reinigen und wechselt täglich dreimal die Gorbereibe, die Stimmung und das Leiden. Morgen vor der Abreise, wenn ich das Fait accompli (die vollendete Tatsache) des bestellten Rundreisebilletts in Händen habe, werde ich mich wegen des veränderten Reiseplanes meiner Frau anvertrauen.

Seitdem der Entschluß bei mir feststeht, höre ich wieder unablässig das Meer rauschen. Ich breite, wie ein Narr, ins Nichts die Arme aus, öffne den Mund, um die phantastische Salzluft einzatmen, und wenn ich in einem Schaufenster oder an einer Anschlagtafel ein Plakat mit einem Schiff sehe, verschmache ich vor Begierde. Als ich, ein Knabe, das erste Mal vom Meer in die Stadt zurückkehrte, ließ ich wie gemütskrank umher. Jedes Bild, das ein bißchen Wasser zeigte, begann sich zu regen und zu lodern. Ich habe niemals Marmorstatuen lebendig geträumt, aus Ehrfurcht vor der lauterer Kunst, aber die Wellenlinien eines Seefisches habe ich niemals schauen können, ohne sie Natur werden zu lassen. In Zeiten hochgradigen Meeressiebers stimmten mich sogar die totesten Schellfische sentimental, und die gelbe Butter, in der sie zu schwimmen lieben, wenn sie ausgerungen haben, ward für mich zum Symbol leuchtender Unendlichkeit.

Und doch! Mit dem freien, losgebundenen Gefühl wie dem... ein, so recht, als ob ein funkelndes neues Leben beginne, reife ich jetzt nicht. Ich schlepe die Stricke nach mir, die mich an meine Familie, an meine Arbeit fesseln; die echte Freiheit werde ich niemals mehr kennen lernen. Wenn ich wenigstens meinen Jungen mitnehmen dürfte! Aber der Arzt verbietet es; das wilde Knäblein

bedarf steter Aufsicht, und ich soll mir allein leben — drei Monate hindurch....

Helfen wird mir die Reise schwerlich. Denn die Ursache meiner Krankheit vernichtet sie nicht. Ich soll mich überarbeiten haben, so sagen sie alle, und ich lasse sie in dem Glauben. Welche Lohheit! Als ob nicht gerade die Arbeit das einzige gewesen, das mich aufrecht erhält! Ich fluche, weil ich nicht mehr leben mag, weil alle Freudigkeit erloschen ist, weil ich das Glück so gründlich verloren habe, daß ich es nicht einmal mehr begehre.

Ich bin glücklich. Bergelich habe ich mir das all die Tage vor mir selbst verweigert. Die Tatsache wirkte trotzdem, langsam, unerbitlich, bis ich endlich zusammenbrach. Ich trank an der Ehe....

Ich liebe mein Weib, ich bete meine Kinder an, still, schein und innig; denn sie sind schön, Aus, gesund und gut. Und ich bin unglücklich!

Anfangs glaubte ich, es sei die alte, ekle Erfahrung: die schnelle Ueberfättigung nach der stürmischen Seligkeit junger Leidenschaft, auf der kein Flecken unreiner Erinnerung an Vergangenes ruht. Die Liebe ist eine Dienstmagd, die sich zum mindesten quartaliter verändern muß. Ich prüfte mich. Ich schaute mir andere Mädchen und Frauen an. Keine reizte mich, nicht einmal das Parfüm des Unbekannten war stark genug, um die Einsicht abzuschwächen, wie viel geringer sie alle seien als mein Weib. Wir lieben uns, wie am ersten Tage, treu und vertrauensvoll, voll Hingabe und Begehrlichkeit — aber wir sind wie zwei Instrumente, die um den winzigen Bruchteil eines Tones in der Stimmung auseinandergehen. Das Ohr wird in der Ehe fein, es hört die kleinste Differenz, aber wir vermögen es nicht, mit unseren plumpen Ohren die rechte Stimmung herzustellen. Je mehr wir es versuchen, desto fälscher klingt es. Liegt es daran, daß unsere Interessen nicht übereinstimmen? Fast möchte ich es glauben. In der Kunst sind wir eines Besten, und es sind unsere besten Augenblicke, wenn wir im angeregten Austausch der Meinungen aus dem Theater, dem Konzertsaal oder der Gemäldeausstellung heimkehren. Aber von der Politik mag sie nichts wissen, von der dürren Wissenschaft ebensowenig, und gerade hier schlägt das Herz meines Daseins.

Wohl bin ich selbst schuld daran, daß unser Verhältnis so unerquicklich wird, trotz aller Liebe. Auch in der Ehe muß man Pädagogie sein. Wie man Kinder liebt, auch wenn der Augenblick uns eine eisige Kanne zugeweht hat, so sollte man auch zwischen Mann und Weib die zärtlichen Formen der Liebe bewahren. Wir schämen es stets wie eine Entweihung des echten Gefühls, seine Gesten zu zeigen, auch wenn der Inhalt fehlt. Ich zeigte mich frohlich,

wenn ich es war, und mißfiel mir etwas an meinem Weibe, verriet es jeder meiner Worte, jede Gebärde. Ich stüchelte fast vor ihren Lippen, die sich leidenschaftlich darbieten, wenn ich, in wissenschaftlichen Gräbeln versunken, allem Irdischen entrückt war; ich berührte flüchtig die totesten Hand, wenn ich irrtümlich war, und wie oft sah ich ihre stumme, zärtliche Werbung und tat doch so, als ob ich nichts bemerke, nur weil mir selbst in dem Augenblick das volle drängende Gefühl fehlte. Ich wartete immer auf die großen Momente, ich mochte nicht die Poeste unserer Liebe kommandieren. Ich trieb einen eifersüchtigen Kultus der Vergangenheit, wo mir aus einer starken, reinen, ewig stützenden Leidenschaft dahingehen... So wartete ich immer von Tag zu Tag, wenn wieder Einheit entstand zwischen der liebevollen Handlung und dem inneren Drängen, bis — mit den äußeren Beweisen der Liebe die Liebe selbst verging. Ich nannte Bäume, was tiefe Weisheit ist, und mit der sinnlosen Ehrlichkeit habe ich unseren Bund zugrunde gerichtet. Ich bin ein schlechter Erzieher gewesen, weil ich allzu sehr auf meine inneren Regungen lauschte, anstatt mit dem schönen Gleichmaß inniger, formelhafter Begehrlichkeit auch den Verkehr zwischen Mann und Weib zu schmücken und zu erhalten...

Heute, an diesem heißen Sommermorgen, da ich den moralischen Rechnungsabschluss vor unserer ersten langen Trennung ziehe, überlese ich das alles so klar. Ich Lerne keine Schuld und weiß das Mittel des Schöne. Aber wenn wir uns wieder begegnen, erlöset meine Einsicht und wider meinen Willen und meinen Verstand beginnt sofort der stille Krieg, der uns vermisst.

Vielleicht, daß in der Trennung die Möglichkeit eines neuen Lebens erblickt.

S., 1. Juli 180.

„Wohin willst du?“
„Die Lampe anzünden, Schatz!“
„Dah doch! Es ist so schön in der Dämmerung.“
„Du weißt, ich hoffe die Dämmerung, weil sie zur Untätigkeit verdammt. Ich muß noch die Zeitung lesen.“
„Früher dachtest du anders über die Dämmerung.“
„Früher — das Lieblingswort Alaras — trifft mich stets wie die Berührung eines blühenden Aros. Auch gestern, als wir in unserem Balkonzimmer vor der geöffneten Tür miteinander saßen — die Kinder waren zu Bett gebracht — ward ich unmutig. Aber ich begnüge mich möglichst kauft die Trivialität zu äußern: „Früher ja. Heute datieren wir: jetzt. Man muß sich in die Zeit schicken.“
Alara feuchte: „Ach ja, die Liebe! Sie ist geschwind — im Rückzug.“
(Fortsetzung folgt.)

Fordernde Kirche.

Wie groß mag in Berlin die Zahl der unverschuldeten Veranlagungen zur Kirchensteuer sein, mit denen so viele der in vorgeschriebener Form aus der Kirche ausgeschiedenen Personen noch befristet werden? Wahrscheinlich gelangt nur ein geringer Teil der tatsächlich vorkommenden Mißgriffe dieser Art zu unserer Kenntnis, aber auch hiervon können wir begreiflicherweise immer nur eine ganz kleine Auswahl in unserem Blatt besprechen, weil die meisten Fälle einander gleichen wie ein Ei dem anderen. Ein Fall aus Reutlingen, der einmal von dem gewöhnlichen Verlauf abweicht, möge zeigen, wieviel Schere zwischen der bei den Kirchengemeinden und den Finanzämtern in Sachen der Kirchensteueranmeldung so oft festgestellten Hilfslosigkeit (um nicht einen schärferen Ausdruck zu gebrauchen) sich ergeben können.

Ein Dissident, der seinen Austritt aus der evangelischen Kirche vor ausreichend langer Zeit bei dem für ihn zuständigen Amtsgericht zu Protokoll erklärt hatte, so daß er schon seit mehreren Jahren nicht mehr kirchensteuerpflichtig ist, wurde durch Zufahrt des Finanzamtes noch zur Kirchensteuer veranlagt. Er schickte die unberechtigte Veranlagung kurzer Hand an das Finanzamt zurück mit dem Bemerkten, daß er wegen schon vor Jahren erklärten Austritts aus der Kirche keine Kirchensteuer mehr zu zahlen habe. Weil er aber meinte, daß er für die Mißgriffe einer schlecht unterrichteten Behörde nicht auch noch die Kosten zu tragen brauche, unterließ er es, den Brief frei zu machen. Nach einiger Zeit wurde durch einen Postboten der inzwischen geöffnete Brief ihm ins Haus zurückgebracht und man verlangte von ihm, daß er das Briefporto samt Strafporto nachzahle. Weil das Finanzamt die Zahlung verweigert hatte, wollte man sich an den Absender halten. Es scheint, daß der Brief nach der Annahmeverweigerung nicht an die zuständige Stelle der Postverwaltung ungesichtet überwiesen worden war, sondern daß schon das Finanzamt ihn geöffnet, von dem Inhalt Kenntnis genommen und dann die Postabholung abgelehnt hatte. Selbstverständlich lehnte auch der nicht kirchensteuerpflichtige Dissident die Zahlung ab, da er auch jetzt noch nicht einsehen vermochte, warum die Mißgriffe einer Behörde an dem dafür nicht verantwortlichen Staatsbürger gerächt werden sollten. Er verächtelt uns, daß er bei der letzten Personenstandsaufnahme, die alljährlich im Herbst zu Bestimmungszwecken stattfindet, die Frage nach seinem Glaubensbekenntnis (der bekannte Verfassungsparagraph, der diese Frage im allgemeinen verbietet, gestattet hier eine Ausnahme) gewissenhaft beantwortet hat. Danach hätte man wissen können, daß er Dissident ist und nicht mehr zur Kirchensteuer herangezogen werden darf. Aber es ist anscheinend unmöglich, auf diesem Gebiet die Ordnung zu schaffen, die jeder Staatsbürger verlangen kann, weil er ein Recht auf Schutz vor herabwürdigen Belastungen hat. Beinahe läßt sich, daß später auch ein zweiter Postbote kam, der nochmals die Zahlung des Briefportos samt Strafporto von dem mit einer Kirchensteueranmeldung befristeten Dissidenten forderte und sogar von der Möglichkeit einer Zwangsvollstreckung sprechen zu dürfen meinte. Der Dissident ließ sich dadurch nicht schrecken und wartet seitdem auf weitere

Schritte der Postverwaltung, die zu ihrem Groschen kommen möchte, den das schuldige Finanzamt ihr verweigert. Man sieht, wieviel Schreibern und Bauereien erforderlich sind, weil die Kirche nicht gezwungen wird, sich selber darum zu kümmern, wer noch zu ihr gehört und wer nicht mehr. Es täte not, die Befehlsgewalt dahin zu ändern, daß die Kirche bei der Einziehung von Beiträgen ihrer Mitglieder (die man hier Kirchensteuer nennt) genau so zu behandeln ist wie andere Organisationen, die selbstverständlich ohne Unterfütterung eines Finanzamtes ihre Mitgliedsbeiträge einziehen müssen.

Ein Protest gegen die Straßenbahn.

Der „Berliner Spar- und Bauverein“ hatte am 8. Juli eine Protestversammlung nach dem Wohlfahrts-Hause seines Häuserblocks in der Haselerstraße einberufen, in der zu dem in unmittelbarer Nähe des Häuserblocks geplanten Neubau eines Straßenbahnhofes Stellung genommen wurde. Die Versammlung nahm folgende Entschliessung einstimmig an:

„Die veranlagten Bürger des Verwaltungsbezirks 7 Charlottenburg protestieren mit aller Entschiedenheit gegen den in der Königin-Elisabeth-Straße beabsichtigten Bau eines Straßenbahnhofes. Sie anerkennen, daß der Straßenbahnhof in der Spanbauer Straße den jetzigen Anforderungen nicht genügt. Die Versammlung hat mit Entrüstung davon Kenntnis genommen, daß die einstimmigen Beschlüsse der Bezirksversammlung nicht ausgeführt haben, um den Berliner Magistrat zu bewegen, die Anlage des Straßenbahnhofes in der Königin-Elisabeth-Straße zu verhindern. Diese Nichtachtung einstimmiger Beschlüsse läßt sich in diesem Falle um so weniger rechtfertigen, als in der Bezirksversammlung andere, zum Bau des Straßenbahnhofes besser geeignete Grundstücke der Straßenbahngesellschaft bezeichnet worden sind; sie ist deshalb ein Beweis dafür, wie wenig in der zentralen Verwaltung Berlins die besonderen Interessen der Bezirke berücksichtigt werden. Die Versammlung wendet sich daher nochmals an alle in Frage kommenden Instanzen: Oberpräsident, Polizeipräsident, Magistrat und Stadterordnetenversammlung Berlin und wiederholt in nachdrücklichster Weise die Forderung der Bezirksversammlung, daß die Anlage des Straßenbahnhofes in der Königin-Elisabeth-Straße unterbleibe, weil sonst das beste Gelände dem Wohnungsbau entzogen werden würde. Wie begründet die Bedenken Charlottenburgs sind, ergibt sich am besten aus der Tatsache, daß vor kurzer Zeit Privatunternehmern, die das in Frage kommende Gelände für den Bau von Großgaragen zu erwerben gesucht haben, die Erlaubnis dazu auf Betreiben der Anlieger und der Bezirksversammlung verweigert wurde, weil das Gelände als reines Wohnviertel erklärt worden ist. Jetzt sollen dieselben Grundstücke für ähnliche Bauten einer städtischen Gesellschaft Verwendung finden ohne Rücksicht darauf, daß damit eine Aenderung des Bebauungsplans verbunden ist. Hierdurch wird dieser Gegend der Charakter als reines Wohnviertel genommen und durch die zu erwartende Zunahme des Straßenbahnverkehrs die ohnehin durch den übergroßen Kraftwagenverkehr bedrohte Sicherheit auf den Straßen noch mehr gefährdet. Die Umgegend des Kaiserdoms, die als Wohnviertel vorgesehen war und sich besonders dafür eignet, wird ohnehin durch die Pläne des Städtebauamtes mehr

und mehr zur City degradiert. Die Versammlung bittet den Herr Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg wie den Herrn Polizeipräsidenten den geplanten Bau eines Straßenbahnhofes auf dem Gelände und der dadurch erforderlichen Umlegung der verlängerten Knobelsdorffstraße sowie der Aufhebung des nördlichen Teils der Meerseidestraße die Genehmigung zu verweigern.“

Berlins Fremdenverkehr im Juni.

Am Fremdenverkehr Berlins im abgelaufenen Monat Juni das Anwachsen des Ausländerzuges besonders merkwürdig. Mit 128 340 Fremden insgesamt hielt sich die Fremdenbesuch fast genau auf der Höhe des vorausgegangenen Monats Mai, der, einunddreißigtägig, 128 938 zu verzeichnen hat. Mit 18 932 Ausländern im Juni ein Ausländeranteil von nur 15 Proz. erreicht, höher als jemals in den Vorkriegsjahren und wesentlich höher auch als in den letzten Monaten. Am stärksten tritt das Anwachsen des Amerikanerbesuchs hervor, der diesmal 3537 ausmacht, 1400 mehr als im Mai und 2100 mehr als im April. An zweiter Stelle erscheint Polen mit 1940, an dritter erst das sonst voranmarschierende Oesterreich mit 1603. Es folgen Danzig mit 1246, Rußland mit 1093, Tschechien mit 1010, Großbritannien mit 991, die Niederlande mit 862, Ungarn mit 569 usw. Die wechselseitigen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen spiegeln sich in diesen wechselnden Ziffern recht deutlich. Von diesem Gesichtspunkte aus mag es auch bemerkenswert erscheinen, daß der Zug aus Frankreich und Belgien, aus den beiden Ländern, die lange Zeit völlig aus den Listen verschwunden waren, im Steigen begriffen ist. Der wirkliche, zu amtlicher Meldung nicht gelangende Fremdenbesuch ist selbstverständlich in diesen Wochen der Ferien- und Badfahrten, der täglich Zehntausende von durchreisenden Eintagsbesuchern bringt, erheblich größer.

Die Volkshochschule Lichterberg veranstaltet in den Monaten August und September unter Führung des Dozenten Dr. Nagler Vortragsreisen in die märkischen Wälder zur Belehrung über Biologie und praktische Bedeutung der Bäume. Eine diesbezügliche Vorbesprechung findet am 14. August 1925, abends 8 Uhr, im Cecilia-Angebot, Rathausstr. 1 statt. Die Teilnehmergebühr in Höhe von 3 R. ist an Dr. Nagler zu entrichten. Die Ankündigungen für den neuen Lehrplan 1925 werden bald erfolgen.

Auffhebung städtischer Bauten. Die Stadterordnetenversammlung hatte am 15. Januar 1925 dem Bau neuer Verwaltungsgebäude in den Bezirken Wedding und Zehlendorf zugestimmt. Die Kosten waren damals zusammen auf 2 560 000 R. veranschlagt. Eine erste Bourate wurde im Haushalt 1924 vorgenommen, die übrigen Raten sollten in den folgenden Jahren abgeführt werden. Nach dem jetzt dem Magistrat eingereichten neuen Kostenschätzungen erhöht sich die Ausgabe für den Bau in Wedding auf nicht weniger als 4 703 000 R., die für Zehlendorf auf 2 314 000 R. Der Magistrat hat nunmehr beschlossene beide Bauvorhaben zurückzustellen und zunächst das Ergebnis des neuen Finanzausgleichs und die Lösung der Aufwertungsfrage abzuwarten.

Theater, Lichtspiele usw.

Städt. Theater Schauspielhaus
Sommergastsp. 1925
Leitung: Leo Walther Stein.
Täglich 8 Uhr:
Kreuzfeuer
Lustspiel von K. Presber und L. W. Stein

Schiller-Theat.
Operettenspieltel
8 Uhr
Annemarie
Operette von Jean Gilbert u. Robert Gilbert mit Dora-Leffler - Nyman - Spira - Basel - Heidemann - Diegemann - Hiller - Kuthan - Ledebour
Volkstheater
8 U.: Die deutschen Kleinstädter

Deutsches Künstler-Theater
8 Uhr:
Meiseken
Operettenhaus am Schiffbauerdamm
8 Uhr:
Der kleine Kuppler

Kleines Th.
Täglich 8 Uhr:
Rosen
von Sudermann
Schröder-Schram, Wenz, Chandon

Reichshallen-Theater
Gastspiel der berühmten
Dresdn. Viktoria-Sänger
Anfang 8 Uhr - 1. August
Wiederkehr der Sängers

Dönhoff-Brett!
Saal und Garten
Das entzückende
Juli-Programm!

Radio Auf Miete!
Radio
Ein Jeder muß bei uns anfragen!
Nur wir liefern Ihnen die Apparate
von **50 Pf. pro Woche** an
Lampensysteme mit Lautsprecher auf Teilzahlung
Verlangen Sie kostenlos Vertreterbesuch!
WILHELM BECKER Schmidstr. 37
Moritzpl. 109-40

6x1=7

Das macht ein kleiner Waffstein zum auf 6 Waffstein einfall für 1 Punkt!

Schleich's Schaumfee-Seifenpulver gratis!

1 Punkt! 2 Waffstein einfall für 1 Punkt!

CHEMISCHE FABRIK SCHLEICH GMBH BERLIN NW6

Komische Oper
8 U. Dir.: James Klein 8 U.
Berlins erfolgreichste Revue:
Das hat die Welt noch nicht geseh'n
Sommerpreise!

LUNA PARK
Freitag
Streichorchester-Konzert
Italienische Spiele mit Bigband-Gruppe

Sonabend 8 Uhr
Großes Kinderfest
Eintritt 50 Pf. 2 Attraktionen frei
Wettspiele - 80 wertvolle Preise

der
interessanteste Vergnügungspark Berlins

Krause-Pianos zur Miete
Ansbacher Str. 1, 100 Parfadenstraße

Theat. am Kolb. Tor
Kottbuser Str. 67
Tägl. 8 Uhr:
Elle-sänger.
Neues Prog.
Unser Haus erobert unter des Leuchtraum des begabtesten L. Publikums.
Täglich unverkauft Häuser!

Rose-Theater
8 U.: Die weltliche Stadt
Gartenbühne:
7 U.: Hund um die Berolina

WINTERGARTEN
der auserlesene Juli-Spielplan (ausgegeben)

Trabrennen Ruhleben
Freitag, den 17. Juli, nachm. 3 Uhr

PEEK & CLOPPENBURG
G. M. B. H.
BERLIN C19 / GERTRAUDENSTRASSE 25-27 / ROSS-STR. 1-4

Für Straße, Sport und Reise

Damen-Kostüm	meilertor Noppenstoff, Jacke gefüttert, Rock mit aufgesetzten Taschen, solide Ausführung, Form 250, M.	52.-
Damen-Kostüm	reinwollener Loden, gute Qualität, Jacke gefüttert, Sattelform mit Falten, Form 180, M.	60.-
Damen-Kostüm	modfarbig, gemustert, Loden m. 4 aufgesetzten Taschen, Jacke gefüttert, Rock seitl. zum Durchknöpfen, Form 18, M.	68.-
Damen-Kostüm	feisches Sportkostüm mit Sattel und Falten gearbeitet, mit Halbselbe gefüttert, Form 178, M.	70.-
Damen-Kostüm	eleganten Sportkostüm, Fischgrätmuster m. Sattel u. eingelegeten Falten, Jacke auf Halbselbe, Form 250, M.	75.-
Damen-Kostüm	reinwollener Loden, in Qualität, gefüttert in grün- und braunmelirt, Form 264, M.	80.-

Damen-Motorrad-Anzüge

Jacke und Breeches	aus Imliertem Wildleder, praktische Form, dunkelmoderfarben, Form 250, M.	48.-
Jacke, Breeches und Mütze	sportfarbiger Cord, feische, gediegene Ausführung, Form 250, M.	110.-

Damen-Lodenmäntel

Leichter Strichloden	ohne Füller, Sattelform, Rückenfaite, dunkelgrün M.	24.-
Leichter Kamelhaarloden	reine Wolle, oliv-meliert, Sattelform, Rückenfaite, Form 250, M.	42.-

Damen-Regenmäntel (Imprägniert)

Mode-grüner Gabardine	reine Wolle, offen u. geschloss. zu tragen, feische Form, Form 250, M.	38.-
-----------------------	------------------------------------------------------------------------	------

Damen-Gummimäntel

Gute haltbare Qualität	dunkel-moderfarben M.	19.-
Fesche, weite Form,	in verschiedenen Farben, Form 250, M.	46.-

Damen-Radfahr-Rock

gute Qualität, dunkelgrün, seitlich aufknöpfbar, mit 2 Taschen, Form 250, M.	11.-
geteilte Form mit Beinverschluß, marengo Loden, Form 250, M.	21.-

Damen-Breeches

Form 250

Damen-Sport-Hüte	aus Leder, Velour, Loden-, Gummi- und imprägnierten Stoffen in großer Auswahl	9.50 an
Damen-Strick-Westen	in schönen, modernen Mustern von	9.50 an
Damen-Sportstiefel	braunes Chrom-Rindleder, zwiegenäht, wasserdicht gearbeitet, Form 250, M.	26.-
Damen-Hafer'schuh	Mastbox, Handarbeit zwiegenäht, Form 250, M.	21.-

Die hohen Fleischpreise.

Die Preise für frisches Fleisch sind seit Pfingsten ununterbrochen gestiegen. Preissteigerungen von 25 bis 50 Pfennig pro Pfund je nach der Qualität des Fleisches sind für den Arbeiterhaushalt eine starke Belastung. Bei einem Durchschnittswochenverdienst von 40 Mark und darunter für eine Familie von Mann, Frau und zwei schulpflichtigen Kindern spielt eine Mehrausgabe von 5 Mark, mit denen sie allein für Fleisch rechnen muß, eine erhebliche Rolle. Die Hausfrau sieht sich daher nach einem Ersatz für frisches Fleisch um, nach einem Ersatz, der billiger ist als Frischfleisch und doch mindestens so nahrhaft wie dieses. Sie hat diesen Ersatz in dem Gefrierfleisch gefunden, welches trotz erheblich geringeren Preises im Nährwert dem frischen Fleisch nicht nachsteht. Natürlich haben die deutschen Viehproduzenten, alle am Vieh- und Fleischhandel Interessierten das größte Interesse, dem Publikum das Gefrierfleisch als „minderwertig“ hinzustellen, um durch diese Propaganda den Anteil des Gefrierfleisches am Fleischverbrauch nicht größer werden zu lassen. Es ist sehr dankenswert, daß die städtische Deputation für das Ernährungswesen in einer für die Öffentlichkeit bestimmten Mitteilung sich mit der Teuerungfrage beschäftigt und sich für die

Verwendung des Gefrierfleisches

in den Haushaltungen einsetzt. Sie schreibt:

„Die Frischfleischpreise ziehen in letzter Zeit stark an, so daß bei weiterem Anziehen die meisten Haushaltungen den notwendigen Fleischbedarf nicht mehr werden decken können. Es wird daher wieder der Ruf nach behördlichem Eingreifen laut. Die Verbraucher schäufelt dabei aber, daß hier behördlicher Zwang wenig, die eigene Kraft aber viel erreichen kann. Warum sind im Schaufenster der Schlächterläden die Preisverzeichnisse vorhanden? Um vor dem Betreten des Geschäftes und dem Einkauf zusehen zu werden! Nachträgliches Einsehen über den hohen Preis nützt nichts. Heute heißt es bei dem Einkauf der so dringend notwendigen Fleischmengen mehr als je, die Augen aufmachen und Vergleiche zwischen den Preisen der einzelnen Verkäufer ziehen. Die Hausfrauen sollten diese Mühe nicht scheuen und bei demjenigen die Einkäufe machen, der die preiswertere Ware führt. Es trifft heute nicht mehr zu, daß das Teuere auch das Bessere ist, vielmehr findet man gleiche Qualität bei verschiedenen Preisen. Der Anfang zur Selbsthilfe ist schwer. Die Hausfrau hat so viel Pflichten, daß jede Minute kostbar ist. Hier darf aber die Hausfrau nicht mit der Zeit gehen. Wert der Fleischhändler erst, daß das Publikum Vergleiche zieht und nicht mehr aus alter Gewohnheit trotz hoher Preise an seinem bisherigen Fleischer festhält, dann wird er sich danach richten und auch seine Preisforderungen dem unbedingt notwendigen Maße anpassen. Die Hausfrau sollte auch nicht das billige Gefrierfleisch verachten. Das Vorurteil dagegen ist unberechtigt. In den Fleischläden ist es allerdings kaum noch zu finden. In allen Markthallen und auf allen Märkten sind aber noch Verkaufstände mit Gefrierfleisch zu finden. Der lebhaftere Verbrauch des Gefrierfleisches wird zunächst eine Ersparnis für den Haushalt bringen, mit der Zeit aber auch eine Senkung des Frischfleischpreises herbeiführen.“

Ladenfleischer und Landwirte.

Die Fleischpreissteigerung in der jetzigen Jahreszeit ist um so unbegreiflicher, als bekanntlich im Sommer der Fleischkonsum und damit auch die Nachfrage an Fleisch erheblich zurückgeht. Jeder Ladenfleischer wird das bestätigen, und wir sind die letzten, die die Ladenfleischer für die Fleischsteigerung verantwortlich machen. Wir wissen genau, daß sie am hohen Umsatz, der durch niedrige Fleischpreise viel eher gewährleistet ist, als durch hohe, Interesse haben. Wir haben erst vor kurzem in einem Artikel über das Zustandekommen der Fleischpreise darauf hingewiesen, daß die Ladenfleischer bei der Preisbildung nicht die Schiebenden, sondern die Geschobenen sind. Es ist aber verwunderlich, wenn der Interessenverband der Ladenfleischer in einer Zuschrift an uns, die überschrieben ist: „Wie erklären sich die hohen Fleischpreise“ auf ein Plakat an den Berliner Uffahsäulen hinweist: in diesem Plakat wird der sicherlich berechnete Nachweis, daß der Landwirt durch seine Viehpreise einen sehr geringen Anteil am Fleischpreis erhält als vor dem Kriege. Die Tatsache ist nicht zu bestreiten, und es ist erklärlich, daß die Landwirte, die die dauernde Steigerung der Preise für Fleisch sehen, sehr unmutig darüber sind, daß ihnen für diese Teuerung die Verantwortung zugeschoben wird, und daß sie sich dagegen wehren, zumal in einer Zeit, in der sie mit ihren schutzöllnerischen Bestrebungen so wie so sich nicht gerade der besonderen Gunst der Mächte erfreuen. Wenn somit auch die Behauptung des Fleischwüchters von Seiten der Landwirtschaft durch die Tatsachen nicht gerechtfertigt ist, ganz unschuldig an der Teuerung sind sie des-

wegen doch nicht. Mit ihren Schutzollbestrebungen haben sie der Teuerung, als Vorwirkung der Schutzöllle, einen sehr fruchtbaren Boden geschaffen. Wenn in dieser Zuschrift der Beweis, daß die Fleischpreise ja gar nicht übermäßig hoch seien, damit geführt werden soll, daß die Vorkriegspreise den jetzigen Preisen gegenübergestellt werden, dann muß dieser Beweis als Vorbelegungen angesehen werden, er könnte nur dann als gelungen bezeichnet werden, wenn die Einkommen entsprechend den Preisen gestiegen wären und wenn der Anteil für Ausgaben für Fleisch am Einkommen bei gleichem Fleischverbrauch nicht der gleiche wäre. Aber der Ausgabenanteil ist erheblich gestiegen. Das muß auf die Dauer zu einem Rückgang des Fleischverbrauchs oder zu einem Rückgang des Verbrauchs anderer Waren führen. Wenn die Ladenfleischer mit uns der Ansicht sind, daß das Fleisch zu teuer ist, dann sollen sie vorerst dafür sorgen, daß das Fleisch auf dem kürzesten Wege vom Viehhändler zum Verbraucher gelangt. Es gibt eine Anzahl von Zwischenstufen, den Engrosflächter und den Viehkommissär, die ausgeschaltet werden können, ohne daß die Fleischversorgung Schaden litte.

Wenn sich die Ladenfleischer dazu aufrufen könnten, mit uns für die Einfuhr des notwendigen Kraftfutters einzutreten, damit der deutsche Viehbestand nicht bloß quantitativ, sondern auch qualitativ die Vorkriegshöhe erreiche, wenn sie weiter mit uns für die Beseitigung der Zollvorlage, die eine Verringerung der Lebenshaltung der großen Masse, also auch eine Verringerung des Fleischverbrauchs bringen muß, eintreten, dann erweisen sie sich selbst und auch der Allgemeinheit den allergrößten Dienst.

Verführte und verwahrloste Jugend.

Die Bezirksjugendämter des Magistrats Berlin haben zum Schutze der auf Straßen und Plätzen sowie in üblen Schankstätten gefährdeten Kinder und Jugendlichen einen Straßendienst eingerichtet, den sie durch besondere beamtete Fürsorgeorgane wahrnehmen lassen. Diese bedürfen zu einer erfolgreichen Tätigkeit aber der Unterstützung der Polizeibeamten durch Rat und Tat und gegebenenfalls auch durch Schutzgewährung. Es ist daher den Polizeibeamten zur Pflicht gemacht worden, auf Wunsch dieser Fürsorgeorgane den Sachverhalt zu prüfen und die entsprechenden, im Interesse der Jugendfürsorge liegenden Maßnahmen umgehend zu treffen. Außerdem haben die Beamten während ihrer konstanten Diensttätigkeit auch der Beobachtung gefährdeter Kinder (z. B. bei Anhalten der Kinder zum Betteln und Hausieren, Tanzvorführungen in schlechten Lokalen usw.) erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken und gegebenenfalls zur Unterstützung der Jugendfürsorge einzugreifen. Meldungen über derartige Vorgänge werden der polizeilichen Dienststelle vorgelegt und von dieser dem zuständigen Jugendamt zugewiesen. Dies gilt besonders auch mit Rücksicht auf die in letzter Zeit häufiger vorgekommenen Fälle von Kinderschändungen, von Beobachtungen in öffentlichen Anlagen, Parks und auf Friedhöfen. Den Fürsorgeorganen des Magistrats Berlin, die den Straßendienst versehen, stehen irgendwelche polizeilichen Befugnisse nicht zu. Sie führen daher nur einen von Polizeiamt abgestempelten Ausweis des Magistrats zur Legitimation bei sich. In der Regel werden die städtischen Fürsorgeorgane selbst die aufgefundenen jugendlichen Personen dem dem Ergreifungsort nächstgelegenen Polizeiviertel zuführen, wo sie eine kurze schriftliche Mitteilung über den Grund der Festnahme niederlegen müssen. Vom Polizeiviertel erfolgt alsdann die Einlieferung zur Schutzhalt. Sollten dagegen im Einzelfall die Jugendlichen den Anforderungen der städtischen Fürsorgeorgane nicht freiwillig Folge leisten, so sind die Polizeibeamten verpflichtet, den sich legitimierenden Fürsorgeorganen Schutz und Hilfe bei der Durchführung ihrer Maßnahmen zu gewähren.

Ermäßigung der Berliner Gewerbesteuer.

Durch Gemeindecbeschluss vom 30. Juni/1. Juli 1925 sind die Gewerbesteuer für die Gewerbesteuer nach dem Ertrage für das Rechnungsjahr 1925 (1. April 1925/31. März 1926) von 500 auf 425 Proz. des Steuergrundbetrages zuzüglich einer Zweigstellensteuer von 20 Proz. und einer Schatzgewerbesteuer von 10 Proz. der Gewerbesteuer nach dem Ertrage herabgesetzt worden. Für die Gewerbesteuer nach der Lohnsumme ist es bei dem bisherigen Satz von 1000 Proz. des Steuergrundbetrages nach der Lohnsumme geblieben. Zum Ausgleich der für April/Juni 1925 nach den Sätzen des Vorjahres (also 500 Proz. des Steuergrundbetrages nach dem Ertrage) geleisteten Zahlungen werden für Juli/September 1925 nur 350 Proz. des Steuergrundbetrages nach dem

Ertrage erhoben. Am 1. Oktober 1925 werden allgemein 425 Prozent des Steuergrundbetrages nach dem Ertrage erhoben. Die bisherigen Vierteljahreszahler haben daher bis zum 10. Juli mit Schonfrist bis 17. Juli 1925 die Gewerbeertragssteuer für Juli/September 1925 mit 35 Proz. der gleichzeitig fälligen Einkommensteuer-Vorauszahlung für April/Juni 1925 und die Lohnsummensteuer für Mai/Juli 1925 mit 1 Proz. der Gehälter und Löhne der Monate April/Juni 1925 unter Abgabe einer Voranmeldung zu entrichten. Die bisherigen Monatszahler haben gleichfalls bis zum 10. (17.) Juli die Lohnsummensteuer für Juli 1925 mit 1 Proz. der Gehälter und Löhne des Monats Juni 1925 unter Einreichung des entsprechend ausgefüllten Voranmeldungsformulars zu zahlen und auch weiterhin in gleicher Weise die Lohnsummensteuer monatlich zu entrichten und voranzumelden. Dagegen ist von ihnen auf die Gewerbeertragssteuer eine Monatszahlung jetzt nicht, sondern erst zum 10. (17.) August 1925 eine Vierteljahreszahlung für Juli/September 1925 zu leisten und voranzumelden. Wegen der Berechnung ergeht später noch nähere Bekanntmachung. Neue Vorbrude für die Voranmeldungen werden vorläufig nicht ausgegeben. Die alten Vorbrude sind vielmehr mit entsprechender Änderung weiter zu benutzen.

Eine Mustergemeinde.

Unter deutschnationaler Herrschaft.

Aus Fichtenau wird uns geschrieben: Diese Gemeinde ist ein Musterbeispiel für die Segnungen, die das deutsche Volk von einer deutschnationalen Regierung zu erwarten hat. Wie bei anderen Wahlen, so gelang es auch hier den Deutschnationalen, durch ihre defamante Agitation einen Stimmen- und Mandatszuwachs zu erzielen. Da der Wahlausgang vom 4. Mai 1924 schon nach ganz kurzer Zeit nicht mehr der Auffassung der Bevölkerung entsprach, legten unsere Genossen in der Gemeindevertretung ihre Mandate nieder, um dadurch Neuwahlen zu erzwingen. Leider wurde aber die Gemeindevertretung nicht aufgelöst, denn die in ihr verbliebenen Deutschnationalen benutzten eine Lücke in der alten Landgemeindevorstellung, um durch Zuwahl der Gemeindeglieder dieses Kampfbundparlament beschlußfähig zu machen. Nun muß man die so erlangte Macht skrupellos aus. War von den früheren Mitgliedern der Gemeindeverwaltung ein Teil der notwendigen Arbeiten unentgeltlich ausgeführt worden, so hat das jetzt aufgehört. Eine der ersten Taten dieser „Gemeindevertretung“ war, dem früheren Gemeindevorsteher, der schon von zwei Stellen Pension bezieht, einen „Ehrensold“ von 100 M. im Monat zu bewilligen. Dem jetzt gewählten, der schon 300 M. im Monat Pension hat, wurde ein recht gutes Gehalt (man nennt es wohl „Lohnwandschädigung“) zugesagt. Wie man denn überhaupt sehr großzügig im Bewilligen von Entschädigungen usw. ist. Für die soziale Fürsorge, die freilich hauptsächlich der ärmeren Bevölkerung zugute käme, hat man wenig übrig. So wurden bei den letzten Beratungen des Haushalts die 300 M., die bisher in diesem für die Beratungsstelle der Mütter tuberkulose erkrankter Kinder und die Säuglingsfürsorge entfallen waren, gestrichen mit der geradezu köstlichen Begründung: „Man muß doch etwas streichen.“ Also für die deutschnationalen Varietätsgänger alles, für die arbeitende Bevölkerung nichts. Es sind dies nur wenige Striche zum Porträt der gegenwärtigen Ratsgeber in Fichtenau.

Die Geschäftsführerin Frau Fräulein Gertrud Vogel legte am 15. Juli ihr übliches Jubiläum bei der Firma Geel u. Co., Amnienstädterstraße, Feinart-Recke M.

Die echten holländischen

POLAK
PUBDINGE

Der neue kurze Satz:
Polak's Mandelchen ein Schatz!

Nur noch 4 Tage Saison-Ausverkauf

Nur noch 4 Tage
Freitag
Sonnabend
Montag
Dienstag

Wäschestoffe für Leib- u. Bettwäsche		Wirkwaren		Modewaren		Badewäsche			
Hemdentuch ca. 80 cm breit Meter	58 Pfl.	Schlupfbeckkleider Baumwolle	78 Pfl.	Opalblende doppelt, 6 cm br. Mr.	85 Pfl.	Schwimmanzüge Trikot, 10r Damen	1.65		
Hemdentuch kräftige Qualität Mtr.	88 Pfl.	Jumper für Damen, Reinwolle, gewirkt	1.65	Morgenhaube Valenciennegarnierg.	90 Pfl.	Frottier-Handtücher weiß, 45x100 cm	1.25		
Wäschebatist ca. 80 cm breit Meter	90 Pfl.	Damenkleider Reinwolle	7.85	Klöppelspitzen feines Imitat g Mtr.	90 Pfl.	Frottierlaken weiß, 125x160 cm	6.75		
Renforce kräftige Qualität Mtr.	63 Pfl.	Strickjacken lang, f. Damen Reinw.	12.50	Bindekragen aus doppeltem Volle	1.15	Bade-Cape mit Träger, farb. Kreiselat	15.00		
Makobatist ca. 80 cm breit Meter	1.40								
Kleiderstoffe		Seidenstoffe		Herren-Kleidung		Strümpfe			
Crêpe-Marocain neuzeit. Auszmusg. Mtr.	88 Pfl.	Wäsche-Seide neue Farb., 45 br. Meter	2.95	Lüsterjoppen mit Ärmellatter	6.50	Anzüge solide Muster, gute Verarbeitung	48.00	Kindersöckchen	18 Pfl.
Crêpe-Marocain elegante Muster Mtr.	1.15	Adler-Seide Kunstseide, doppbr. Mtr.	3.90	Körperhosen weiß	6.75	Lederjoppen braun, ganz a. Futter	68.00	Herrensocken Dopp.-Sohle, Hochferse	68 Pfl.
Wollkrepp Reine Wolle doppeltbreit Mtr.	1.65	Twill-Foulard mod. Pantaleonmtr. Mtr.	4.10	Windjacken imprägniert, Körper	11.50	Zephir-Oberhemd einfarbig, mit Kragen	6.75	Damen-Strümpfe Dopp.-Sohle, Hochferse	78 Pfl.
Cheviot Reine Wolle ca. 130 cm breit Mtr.	2.80	Kleider-Messaline doppeltbr., farbig Mtr.	4.90	Reisemäntel reine Wolle	35.00	Modern. Binder aparte Muster	1.45	Damen-Strümpfe Schleierflor	1.35
Waschsamt weißer Grund dunkle Streifen Meter	2.75								

Restposten
einzelner Gardinen-Schals
Serie I 1.45 Serie II 1.95 Serie III 2.75

Fabrikreste
Gardinen
Serie I 45 Pfl. Serie II 95 Pfl. Serie III 1.10

Kaufhaus Des Westens
DAS HAUS DER QUALITÄTSGUTEN!

Die Hauptabstimmungen im Reichstag.

Ablösung öffentlicher Anleihen. — Ausbau der Angestelltenversicherung.

Der Reichstag erledigte gestern zunächst die rückständigen Abstimmungen zur zweiten Lesung des Entwurfs zur Errichtung der Deutschen Rentenbankkreditanstalt. — Unter Ablehnung kommunistischer und sozialdemokratischer Änderungsanträge wird die Vorlage in der zweiten und dritten Lesung gegen Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die

Ablösung öffentlicher Anleihen.

In der allgemeinen Aussprache wird von keiner Seite des Hauses das Wort gewünscht. Für die Einzelberatung haben Kommunisten und der Abg. Dr. West (Dkt.) Änderungsanträge eingebracht, die ihren Anträgen aus der zweiten Lesung entsprechen. Alle diese Änderungsanträge werden, jeweils gegen die Stimmen der Antragsteller, abgelehnt.

Vor der Schlussabstimmung, die namentlich vorgenommen werden soll, erklärt Abg. Heil (Soz.), daß seine Fraktion auch dem Anleiheablösungsgesetz ihre Zustimmung versagen müsse, und zwar aus denselben Gründen, aus denen sie das Hypothekenaufwertungsgesetz abgelehnt habe.

Auch die Abgg. v. Nischhofen (Dem.), Seiffert (Dkt.) und Dr. Korsch (Komm.) lehnen für ihre Fraktionen das Anleihegesetz ab. Die namentliche Schlussabstimmung wird, in Rücksichtnahme auf den kommunistischen Parteitag, bis 6 Uhr abends ausgesetzt.

Annahme findet mit den Stimmen der Kompromißparteien ein Antrag Dr. Wunderlich (D. Sp.), durch den bestimmt wird, daß das Anleiheablösungsgesetz zugleich mit dem Hypothekenaufwertungsgesetz verknüpft werden solle.

Präsident Lohde nannte in diesem Zusammenhang den 16. Juli. Das Haus tritt dann in die zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über den

Ausbau der Angestelltenversicherung

ein. Die Vorlage sieht eine Steigerung der Leistungen der Angestelltenversicherung vom 1. Juli 1925 ab und eine Beitragserhöhung vom 1. September 1925 ab vor.

Abg. Aufhäuser (Soz.):

Die Beratungen des Ausschusses für soziale Angelegenheiten sind alles andere als erfreulich gewesen. Wenn gerade bei der Beratung der Angestelltenversicherung sich jedesmal im Ausschuss eine besondere Schärfe ergeben hat, so hängt das zusammen mit der politischen Tendenz, die dieser Versicherung innewohnt. Die Angestelltenversicherung ist ein politisches Instrument mit dem Zwecke, die Angestellten von der Gemeinschaft mit den Arbeitern fernzuhalten. Man wollte die Angestellten in den Glauben versetzen, als ständen sie zwischen Kapital und Arbeiter. Rein anderer als Herr Dr. Stresemann, der damals noch Syndikus der sächsischen Industrie war, hat 1908 ganz eindeutig betundet, daß man mit der Schöpfung der Sonderversicherung für Angestellte einen rein politischen Zweck verfolgte. Er wandte sich gegen den Ausbau der Invalidenversicherung, um so die gemeinsame Idee des Klassenkampfes aller arbeitenden Schichten zu durchkreuzen.

Die Ausschüsseberatungen waren vielleicht kein offener Kampf, aber sie waren teilweise schlimmer. Solange es sich um die Regierungsvorlage handelte, hatte man Ruhe zur Beratung; sowie man aber zu den sozialdemokratischen und kommunistischen Anträgen kam, die sich auf die Verfassung und das Selbstverwaltungsrecht der Angestellten beziehen, haben die bürgerlichen Parteien zwar nicht gegen uns angelempft, aber sie haben geschwiegen und debattierlos wichtige Bestimmungen in Vausch und Bogen abgelehnt. Das sind keine zufälligen Erscheinungen, sondern sie hängen mit den Tendenzen der Angestelltenversicherung zusammen. Die Loslösung von der Versicherung der Arbeiterklasse bedeutet für die Angestellten, daß ihnen unerträgliche Lasten zugemutet werden, jeder Reichszuschuß ihnen verweigert bleibt. Die deutsche Allgemeinheit entzieht sich jeder Verpflichtung der Besteuerung für die Alters- und Invalidenrente der Angestellten. Der Ausschuss hat sehr glatt die Beiträge zu dieser Versicherung ohne Prüfung der Notwendigkeit durchweg um ein Drittel erhöht, er hat nicht einmal die Vorlage der Bilanz von 1924 und bis heute noch nicht den Jahresbericht der Angestelltenversicherung dazu benützt.

Ran hat erklärt, man müsse für die Zukunft sorgen. Die Reichsversicherung hat 1924 einen Ueberschuß von 103 Millionen Mark gehabt, sie hat für 1925 bei sehr vorsichtiger Einschätzung einen Ueberschuß von 90 Millionen vorgesehen. Wir haben im Ausschuss darauf hingewiesen, daß die Beitragseinnahmen viel zu niedrig kalkuliert wären, aber selbst bei den Angaben der Regierung hätten wir in diesen zwei Jahren 200 Millionen Goldmark Reserven. Für 1932 ist der Rentenaufwand mit 600 Millionen Goldmark kalkuliert worden. Wir möchten uns die bescheidene Anfrage erlauben, ob man eine Beitragserhöhung vornehmen kann, wenn mit solchen Reserven gerechnet werden kann? Diese Art der Beitragsregelung haben wir bekämpft und lehnen sie auch heute ab. Wir haben dann den Vorschlag gemacht, die Versicherungsgrenze zu erhöhen und die gutbezahlten Angestellten mit in die Versicherung einzubeziehen. In der ersten Lesung war die Grenze auf 8400 Mark heraufgesetzt worden, in der zweiten Lesung haben es sogar die Angestelltenvertreter der bürgerlichen Parteien fertig bekommen, diesen Beschluß umzuwerfen und die Grenze auf 6000 Mark festzusetzen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Das bedeutet, daß man nicht nur die Solidarität zwischen Arbeitern und Angestellten, sondern auch die der qualifizierten mit den anderen Angestellten zerschneiden will.

Diese unerhörte weitere Belastung der Angestellten ist im Ausschuss beschlossen worden, ohne daß man auch die Mindestleistungen beschlossen hat, auf die sie unbedingt Anspruch hätten. Man hat es abgelehnt, die Lage der Wanderversicherung zu verbessern, jener Schicht von Angestellten, die aus der Arbeiterklasse hervorgegangen sind und die darauf warten, daß man ihnen ihre Invalidenrente antreibt. Die Regierung hat zwar zugegeben, daß die Lage der Wanderversicherung unhaltbar sei, sie hat aber unterlassen, einem dahingehenden Antrag zur Annahme zu verfehlen. Weiter haben wir verlangt, daß diesen Angestellten ein Rechtsanspruch auf das Heilverfahren gesichert werden soll. Dieser Antrag verfiel der Ablehnung, weil, wie ein bürgerlicher Angestelltenvertreter erklärte, dies eine Umwandlung der Angestelltenversicherung in eine Krankenversicherung bedeute. Die Mehrheit des Ausschusses hat dann im Einvernehmen mit der Regierung einen neuen Paragraphen geschaffen, der dafür eintritt, Mittel der Angestelltenversicherung für die allgemeine Sozialhygiene freizumachen. Es war abwegig, diese Maßnahmen zu verbinden mit dem individuellen Heilverfahren. Derselben Parteien, die laßt grohen Wert darauf legen, daß die Angestelltenversicherung autonom sei, beneziffern sich plötzlich dafür, daß man die wichtigsten Leistungen der Angestelltenversicherung nicht mehr im selbständigen Angestelltengesetz regelt. Wir haben anerkannt, daß Mittel zur Bekämpfung der Volkskranken freigegeben werden müssen.

wir wenden uns aber dagegen, daß die Mittel der Sozialversicherung in einen Topf mit den Mitteln der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege geworfen werden.

Die ungünstigen gesetzlichen Bestimmungen geben den Versicherten keine Möglichkeit, auf die Verwaltung einzuwirken.

Wir haben es fast nicht für möglich gehalten, daß die bürgerlichen Parteien die Frage der Verfassung der Angestelltenversicherung in einem Augenblick, in dem man so erhöhte Lasten verlangt, fast debattierlos übergingen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Regierungsparteien erklärten, als es zur Besprechung der Verfassungsfragen kam, die Geschäftsordnung erlaube es nicht, unsere Anträge zu beraten. Diese Verfassung hat ihr Vorbild nur im früheren Dreiklassenwahlrecht mit seinen doppelten und mehrfachen indirekten Wahlen. Wir haben eine Wahlreform verlangt, die dahin geht, daß der Verwaltungsrat in Vorwahlen durch die Versicherten zustande kommt. Das Reichsarbeitsministerium hat auch selbst das Unrecht dieser Wahlkreisgemeinre zugegeben, aber der A. Ausschuss hat sich nicht bereit erklärt, dieses Wahlsystem zu korrigieren.

Wir erklären uns bereit, einer Entschließung zuzustimmen, die den Reichsarbeitsminister beauftragt, vor den nächsten Wahlen eine Vorlage an den Reichstag zu bringen, die eine Wahlreform bedeutet.

Dieses dürftige Gesamtergebnis war nicht nur durch die Zusammenziehung dieses Hauses gegeben, sondern auch dadurch, daß selbst Angestelltenvertreter sich dazu hergegeben haben, den Ansprüchen der Unternehmer in ihren Fraktionen nachzugeben. Es ist sogar vorgekommen, daß solche Angestelltenvertreter gegen ihre eigenen Anträge und für die der Unternehmerabteilung ihrer Partei stimmten. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Unsere Erfahrungen im Ausschuss haben uns bei der politischen Tendenz der Angestelltenversicherung nicht überrascht. Wir möchten aber den Angestellten, die auf den Reichstag viel mehr hoffen als die Arbeiter, sagen, daß sie nicht ganz frei von Schuld sind, wenn derartige dürftige Ergebnisse bei ihrem Gesetz herausgekommen sind. Die Beratungen haben gezeigt, daß das Unternehmertum geschlossen antritt, unbeschadet seiner politischen Meinungsverschiedenheiten. Wann werden die Angestellten einsehen, daß sie dieselbe Mauer hier im Hause zu bilden haben gegen die Unternehmer gemeinsam mit der Arbeiterschaft?

Die sozialdemokratische Fraktion wird bei allen Mängeln, die dem Gesetz anhaften, ihm die Zustimmung nicht verweigern können. Aber unser Kampf um den Ausbau der Angestellten- und Sozialversicherung wird weitergeführt werden, und wir werden getragen sein von dem Gedanken, daß der Sozialversicherung nur durch die Gemeinschaft der Kopf- und Handarbeiter ein Erfolg beschieden sein kann. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schneider-Berlin (Dem.) bestätigt, daß die Renten auch jetzt noch als dürftig zu bezeichnen seien, betont aber, daß eine höhere Rentenzahlung auch höhere Beiträge voraussetze. Der Redner unterläßt eine Heraushebung der Versicherungsgrenze auf 7200 M. und wünscht, daß die Angestellten im Heilverfahren zu einem Rechtsanspruch kommen müßten. (Beifall.) Ingefaßt könne man nur sagen, daß auch die gegenwärtige Vorlage wieder nur ein Schritt auf dem Wege zu einer endgültigen Lösung dieser wichtigen sozialen Angelegenheit sei. (Beifall.)

Abg. Thiel (D. Sp.) gibt namens der Kompromißparteien, der Deutschnationalen, des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Deutschen Volkspartei eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt, die Sozialdemokraten träten nur aus politischen Gründen für die Angestellten ein. Sie wollten die Angestellten mit den Arbeitern zu einer Majorität zusammenschließen, um mit dieser Majorität ihre staatspolitischen Wünsche zum Ziele zu führen. Die Kompromißparteien hielten an der partiitischen Beitragsleistung fest, weil das die Voraussetzung sei für eine partiitische Verwaltung der Versicherung. Die Vorlage bringe eine Aufwertung der bisherigen Leistungen, die fast an die Vorkriegsgrenze herantreihen.

Abg. Stäbe (Dkt.) tritt ebenfalls für die Vorlage ein, schließt sich aber der Auffassung der Linken an, daß die Versicherungsgrenze hinaufgeschoben und das Heilverfahren obligatorisch eingeführt werden müsse.

Abg. Torgler (Komm.) setzt sich für kommunistische Änderungsanträge ein, die u. a. eine Erhöhung des Rentengrundbetrages von 360 auf 660 Mark fordern, sowie eine Erhöhung des Kinderzuschlages und die Kam-Bestimmung für Heilverfahren in eine Ruhebestimmung umzuwandeln wollen. Außerdem wünschen sie, daß das Reich und die Arbeitgeber die Mittel für die Versicherung allein aufbringen und in einem Eventualantrag wollen sie wenigstens erreichen, daß die Arbeitgeber zwei Drittel der Beiträge zahlen.

Damit schließt die allgemeine Debatte. Einige namentliche Abstimmungen werden auf 6 Uhr zurückgestellt.

In der Einzelberatung der Vorlage werden alle kommunistischen und sozialdemokratischen Änderungsanträge durch die Kompromißparteien abgelehnt. Es bleibt bei der von den Kompromißparteien beschlossenen Ausschussfassung.

Beim Abschnitt „Änderung der Reichsversicherungsordnung“ (s. S. 13)

Abg. Karsten (Soz.)

dafür ein, daß die in der Novelle vorgesehenen Beitragserhöhungen zur Invalidenversicherung nur für die Erhöhung der Renten, nicht aber für die Ansammlung von Versicherungsvermögen verwendet werden, wie es bei der Angestelltenversicherung geschehe. Ferner müssen wir mit aller Entschiedenheit fordern, daß die festgesetzten Beiträge auch in richtiger Höhe gezahlt werden. Für weite Kreise der Versicherten werden nicht die Beiträge gezahlt, die sie auf Grund ihres Einkommens zu zahlen verpflichtet sind. So werden z. B. bei 28 Proz. sämtlicher Versicherteter Beiträge für die niedrigste Lohnklasse, d. h. für einen Wochenlohn von 10 M., gezahlt. (Hört, hört! bei den Soz.) Wir wünschen deshalb, daß die Beitragszahlung einer schärferen Kontrolle als bisher unterstellt wird.

Ich darf betonen, daß die Rentenerhöhung, die jetzt eintraten wird, nur den Anforderungen der Sozialdemokratie zu verdanken ist. Wir haben uns auch dafür eingesetzt, daß sie am 1. August in Kraft tritt. Es ist eine eigenartige Taktik, daß die Kommunisten erst jetzt im Plenum erscheinen und plötzlich eine Erhöhung der Grundrente auf 40 M. verlangen. Sie haben bei den Beratungen im Ausschuss nicht einen Finger gerührt, sie haben dort nicht einmal geredet. Wenn die Kommunisten jetzt mit einem solchen Antrag kommen, obwohl sie wissen, daß die Regierungsparteien nichts bewilligen wollen, ohne daß Deckung dafür vorhanden ist, in einem Augenblick, wo eine sachliche Beratung auch nicht mehr möglich ist, werden wir nur in der Auffassung bestärkt, daß ihnen an ernster Arbeit für die Invalidenrentner nichts gelegen ist und daß sie nur aus agitatorischen Gründen

ihren Antrag gestellt haben. Wir werden diesem Agitationsantrag nicht zustimmen, aber wir werden auch künftig bei jeder Gelegenheit dafür sorgen, den Sozialrentnern das zu geben, was notwendig ist. Auch wir haben unsere Anträge gestellt und bei jeder Gelegenheit erklärt, wo die Deckung für die Leistungen zu nehmen ist. Wir unterstützen aber keinen Antrag, der nicht dazu dienen soll, den Rentnern zu helfen, sondern um draußen Agitation zu treiben. Wir wollen den Rentnern alles geben, was möglich ist, damit sie einen besseren Lebensabend als bisher haben. Die jetzige Regelung ist nicht für die Ewigkeit geschaffen, sondern wir werden abwarten, wie sich die Zoll- und Steuerpolitik auswirkt, und dann werden wir fordern, daß weitere Erhöhungen folgen. Wir sind mit dem Ausschussbeschlusse nur deswegen einverstanden, weil wir bei den gegenwärtigen parlamentarischen und politischen Machtverhältnissen und so kurz vor der Vertagung nicht mehr erreichen konnten, wir werden aber dafür sorgen, daß durch weitere Maßnahmen die Lasten, die durch Zollmischer und Steuern den Kernsten der Armen aufgelegt werden, gemildert werden. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Lambach (Dnat.) erklärt, seine Fraktion würde zu dem Teil der Novelle, die sich mit der Invalidenversicherung befaßt, geteilt stimmen.

Abg. Moldenhauer (D. Sp.) betont, daß die Invalidenversicherungsnovelle eine Mehrausgabe von 100 Millionen Mark für die Wirtschaft bedeute. (Hört, hört! rechts.) Die Deutsche Volkspartei könne einer solchen Mehrbelastung zurzeit nicht zustimmen.

Abg. Esser (Z.) bittet um Annahme des Abg. über die Invalidenversicherung.

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Frau Arendsee (Komm.), Ziegler (Dem.) und Beyer-Dresden (Sp.) wird in der Einzelabstimmung unter Ablehnung sozialdemokratischer und kommunistischer Änderungsanträge dieser Teil der Novelle in der Ausschussfassung bewilligt. Annahme fand ein interfraktioneller Antrag, der den Grundbetrag der Invalidenrente von 110 auf 168 M. erhöht.

Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge.

Ein sozialdemokratischer Antrag, der die Versicherungsgrenze in der Angestelltenversicherung von 6000 M. der Vorlage auf 8400 Mark erhöhen will, wird in namentlicher Abstimmung mit 231 gegen 192 Stimmen, bei einer Enthaltung, abgelehnt.

In einer weiteren namentlichen Abstimmung wird ein anderer sozialdemokratischer Antrag mit 240 gegen 179 Stimmen abgelehnt, der das Heilverfahren für die Angestelltenversicherung zum Pflichtverfahren machen will, wenn der Vertrauenssachver der Versicherungsanstalt das Heilverfahren als notwendig bezeichnet.

Die Gesamtvorlage wird dann auch in dritter Beratung angenommen. Vor der Schlussabstimmung gab noch Abg. Torgler (Komm.) namens seiner Fraktion eine Erklärung ab, in der sie das Gesetz ablehnt.

Das Gesetz wurde auch in der Schlussabstimmung angenommen. Das Haus wendet sich dann der namentlichen

Schlussabstimmung über das Anleiheablösungsgesetz

zu. Sie ergibt die Annahme des Entwurfs in der Fassung der Kompromißparteien mit 227 Stimmen dieser Kompromißparteien gegen 196 Stimmen der Opposition, bei 2 Enthaltungen. Dann tritt das Haus in die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über eine

2. Änderung der Personalabbau-Verordnung

ein. Reichsfinanzminister v. Schlaben stimmt der Vorlage zu, die die gänzliche Aufhebung der Abbaubestimmungen, die Einschränkung der Einstellungsliste usw. bringe.

Namens der Kompromißparteien gibt Abg. Schmidt-Stettin (Dnat.) eine Erklärung ab, in der er im Interesse der Beamtenerschaft darum bittet, daß die Vorlage noch heute abend vom Hause angenommen wird.

Abg. Steinfopf (Soz.)

wendet sich gegen die Behauptung des Finanzministers, daß durch die jetzige Vorlage der Abbau beendet werde. Diese Vorlage sei so unüberlegt, daß man bedauern müsse, daß das Finanzministerium sie so herausgegeben habe. Wie könne man sagen, daß der Abbau durch diese Vorlage beendet werde, wenn der Teil der Personalabbauverordnung aufrechterhalten werde, der in die wohlverordneten Rechte der Beamtinnen eingreift, indem er die Kündigung der verheirateten Beamtinnen weiter zuläßt. Der Redner wendet sich weiter gegen die Darstellung des Ministers als hätte im Ausschuss eine eingehende Beratung der Vorlage stattgefunden. Da sei es so gewesen, wie gegenwärtig noch in anderen Ausschüssen: man habe die Opposition reden lassen und hinter ihrem Rücken den Kompromißbrei gerührt. Gegen eine derartige Behandlung der Opposition müsse er namens seiner Partei protestieren. Die Bestrebungen auf Aushebung der Personalabbauverordnung seien nicht, wie es aus den Ausführungen des Ministers und des deptschnationalen Berichterstatters herausklingen solle, von den Kompromißparteien, sondern von der Sozialdemokratie ausgegangen. Das gehe daraus hervor, daß die Sozialdemokraten zuerst einen derartigen Antrag gestellt hätten. (Beifall links.) Die Sozialdemokraten müßten verlangen, daß mit den eigentlichen Abbaumaßnahmen unbedingt Schluss gemacht werde, sie wünschten besonders, daß die Artikel 109 und 128 der Reichsverfassung endlich einmal die Achtung des Reichstages fänden, in denen den Frauen die Gleichberechtigung zugesprochen und die Ausnahmedestimmungen gegen die weiblichen Beamten beseitigt würden. Dabei wendet sich der Redner hervorragend gegen eine Regierungserklärung, in der die Arbeitsfähigkeit verheirateter Beamtinnen herabgesetzt werde und die ihren Ursprung zweifellos im Reichspostministerium genommen habe. (Beifall links.)

Hierauf verlag sich das Haus auf Freitag 1 Uhr. Weiterberatung, keine Vorlagen.

Schluss 8 Uhr.

Finanzausgleich und Ablösung öffentlicher Anleihen.

Der Reichsrat beschloß gestern mit 43 gegen 23 Stimmen, den Gesetzentwurf über die Ablösung öffentlicher Anleihen in der Fassung des Reichstags zur Kenntnis zu nehmen, ohne Einspruch zu erheben. Gegen das Gesetz stimmten die Stadt Berlin (1 Stimme), Grenzmark Westpreußen-Posen (1 Stimme), Bayern (10 Stimmen), Sachsen (7 Stimmen), Württemberg (4 Stimmen).

Der Vertreter Preußens gab die Erklärung ab, die preußische Regierung müsse, wenn sie trotz schwerer Bedenken von einem Einspruch absehe, erwarten, daß Reichstag und Reichsregierung bei der Regelung des Finanzausgleichs die Forderung ziehen und sich bereit zeigen, die Mehrbelastung durch eine entsprechende Verteilung der Einnahmen auszugleichen. Die Vertreter der anderen Länder schlossen sich der Erklärung an.

Wirtschaft

Der Einfluß der Getreidezölle auf die Agrarproduktion künstliche Bevorzugung des Getreidebaues. Benachteiligung der bäuerlichen Viehzucht.

Bei der Betrachtung volkswirtschaftlicher Fragen denkt man in der Regel, wie auch heute in Deutschland, vor allem an die Konsumumentenbelastung, die ja natürlich jedem Stadtbewohner das Wichtigste ist, und selten, wenn überhaupt, an die produktionspolitischen Folgen jedes Zolls, die ihm automatisch folgen, ob man sie nun will oder nicht. Auch jetzt bei der Diskussion der Agrarzölle droht die alte Lage sich zu wiederholen, daß der Widerstand, der den Forderungen der sogenannten Vertreter der Landwirtschaft entgegengebracht wird, wesentlich auf dem Konsumentenargument sich aufbaut, während im Grund die produktionspolitischen Beweisgründe gegen den Getreidezoll sehr viel wichtiger und durchschlagender sind; ist es doch kein Zufall, daß unter den hervorragenden Vertretern der Landwirtschaftslehre kaum einer sich für die neuen Getreidezölle einsetzt. Es trifft sich sehr gut, daß gerade in diesem Jahre in der Reihe der „Sozialwissenschaftlichen Forschungen“, herausgegeben von der Sozialwissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft als Heft 2 der II. Abteilung, das Buch von Folkert Wilken: „Theorie der landwirtschaftlichen Preissteigerungen in Deutschland von 1895—1913“ (Walter de Gruyter u. Co., Berlin-Weipzig 1925) erschienen ist, das anlässlich einer systematischen Betrachtung der Entwicklung der Viehpreise auch die Frage des Einflusses handelspolitischer Maßnahmen auf die Landwirtschaft wiederholt trifft.

Seit 1879 hat besonders stark die Tendenz zum Schutz des Getreidebaues bestanden. Eine kurze und bedeutungsvolle Unterbrechung in dieser begünstigten Periode des Getreidebaues stellt die Geltungsdauer der Capriozölle dar, die mit einer Weltmarktwirtschaft zusammenfielen. In dieser Zeit trat eine

Umschwenkung der Landwirtschaft zum vermehrten Hackfrucht- und Futterbau bei steigender Viehhaltung

ein. Das lag also an sich offenbar in der natürlichen, unbeeinflussten Tendenz der Landwirtschaft begründet. Diese Periode, in der, wie bekannt, auch der Getreidebau keineswegs vernachlässigt wurde, endete mit einem Schläge, als die Zölle des Zolltarifs von 1902 alles bisher Dagewesene überboten. Der neue Zolltarif verschob künstlich die landwirtschaftliche Rentabilitätsrechnung nach der Richtung des bevorzugten Getreides. Als 1906 die höheren Preise infolge des Tarifs eintraten, sah vor allem auch das Futtermittelgetreide im Preise anzuwachsen, stellen sich auch bäuerliche Betriebe, die bisher ihr Augenmerk vor allem auf die Viehwirtschaft gerichtet hatten, um; denn sie konnten nun nicht mehr die

hohen Preise für den Zulauf von Getreide

erfahren. Selbst auf ungeeigneten Böden wurde Getreide angebaut. Die Folge war ein stetes Wachstum der deutschen Ausfuhr von Roggen und Hafer. Das gerührte ein sich anbahnendes Gleichgewicht zwischen östlicher und westlicher Landwirtschaft in Deutschland, das sich auf der Arbeitsteilung dieser beiden Gebiete hinsichtlich des Getreidebaues und der Viehzucht aufbaute. Nach Berechnungen, die noch aus der Vorkriegszeit stammen, hätte der neue Roggenboden eine Steigerung der Schweinezucht um 6 Proz., bzw. eine Vermehrung der Rindfleischherzeugung um 6 Proz. bzw. eine Steigerung der Milchherzeugung um 600 Millionen Liter ermöglicht. All dies wurde in den Banerwirtschaften nicht produziert, weil der Zulauf von Roggen sich zu teuer gestellt hätte und so große Flächen einem vermehrten Roggenbau unter dem Druck des Zolles zugeführt wurden, die sonst sowohl volkswirtschaftlich rentabel und besser hätten verwertet werden können. Aber das Getreide hatte jetzt den Vorkriegsenergie; es war rentabel gemacht worden, während die handelspolitische Lage der Viehzucht wesentlich ungeändert geblieben war. Zudem hörte das Wachstum der Nachfrage des Konsums nach Fleisch mit den höheren Brotpreisen auf. Das Ergebnis war ein Ueberwuchern der Getreidewirtschaft.

Die Dinge liegen heute nicht so sehr verschieden. Auch heute haben wir eine relative Anreicherung der Viehzucht, der man den Rentabilitätsvorsprung durch Getreide- und Futtermittelzölle streitig machen will.

heute wie damals würde der Zoll zunächst den ostelbischen Getreidegroßlandwirten zugute kommen.

Heute wie damals würde ein Rückschlag in der Viehwirtschaft eintreten. Heute wie damals soll künstlich der Landwirtschaft eine andere Produktionsrichtung in der Richtung des Ueberkommenen statt in der des Rationellen gegeben werden. Aber während dies damals auf einer dauernden Vormachtstellung des östlichen Großgrundbesitzes im Staate, die verfassungsrechtlich verankert war, beruhte, beruht die gleiche Politik heute auf einer zufälligen Parteikonstellation. Während damals die Chancen für eine Stabilität der Zollpolitik waren, müssen diese Chancen für eine Stabilität heute in der Qualität des Tarifbaues liegen. Da nichts in dieser Richtung getan wurde und dementsprechend die Aussicht, daß dieser Zolltarif die gegenwärtige Parteikonstellation überlebt, gering ist, würde eine solche Umstellung der Landwirtschaft zum Nutzen relativ weniger Getreidegroßhändler ein viel größerer Schaden sein, als es der Tarif von 1902 war. Darum sind die Getreidezölle in der gegenwärtigen Lage so verwerflich, weil sie der gegebenen Entwicklungstendenz der Landwirtschaft nicht entsprechen und gleichzeitig drohen, den landwirtschaftlichen Betrieben eine Produktionsrichtung aufzuzwingen, die höchstwahrscheinlich nicht dauernd durch Zolllieferanten erhalten werden kann.

Genossenschaften gegen Kartellwillkür.

Die genossenschaftliche Eigenproduktion im Kampf gegen kapitalistische Monopole hat kürzlich einen bemerkenswerten Erfolg in Schweden erzielt. Dort besteht schon seit Jahren ein MÜLLEREITRUST, der außer den genossenschaftlichen alle großen schwedischen Mühlen umfaßt und 90 Proz. der Mehlerzeugung „kontrollierte“. Seine Preisdiktiertur war so unumkehrbar, daß er lange Zeit noch nach der Errichtung zweier großer Genossenschaftsmühlen die Preise nicht nur hochhalten, sondern noch zu steigern konnte, daß sie bei Beginn des Jahres 1925 um 2,50 Kr. (= 2,50 Mk.) höher standen als die der Genossenschaftsmühlen. Diese Preisdifferenz schlug aber dem Bau des Bodens, denn die beiden Genossenschaftsmühlen folgten der Preisverhöhung des MÜLLEREITRUSTES im Gegensatz zu seinen Erwartungen nicht, und es ging ein Kampf um die „Seele“, d. h. die Kundenschaft der gewerlichen Kleinverbraucher und der Konsumenten los, welcher schließlich nach drei Monaten zugunsten der Genossenschaftsmühlen beendet wurde. Nicht nur mußte der Trust auf die beabsichtigten weiteren

Preiserhöhungen verzichten, sondern seine Preise um 3 Kr. pro Sack für Weizenmehl und um 2 Kr. für Doppelmehl senken.

Was die Niederlage des MÜLLEREITRUSTES zunächst für die Konsumereinsmitglieder, aber in noch größerer Ausmaße für die schwedische Bevölkerung bedeutet, geht daraus hervor, daß die beiden Genossenschaftsmühlen in den drei Kampfonaten etwa 170 000 Sack Mehl produzierten, den belieferten Konsumvereinen also rund 425 000 Kr. ersparten, was für das Jahr 1 800 000 Kr. (2 340 000 Mk.) ausmacht. Da aber der MÜLLEREITRUST, wie schon bemerkt, etwa 90 Proz. der Mehlerzeugung des Landes „kontrollierte“, was unter Berücksichtigung der kleineren und mittleren Mühlen, die immerhin noch außerhalb des Trustes standen, 400 000 Sack Mehl auf den Monat ausmachen dürfte, so belief sich die Ersparnis der schwedischen Bevölkerung ohne die Konsumereinsmitglieder auf etwa 1 Million Kronen im Monat, 12 Millionen Kronen (15 600 000 Mk.) im Jahr! Insgesamt wurde also der Kapitalprofit um 13 800 000 Kr. (rund 18 Millionen Mk.) in einem Jahr zugunsten der Verbraucher geschmälert — eine Summe, die tatsächlich volkswirtschaftlich gesehen von außerordentlicher Bedeutung für die schwedische Bevölkerung ist. Denn abgesehen vom direkten wirtschaftlichen Nutzen für den Einzelhaushalt, weiß jeder Volkswirt, jeder Sozialist und Gemeinlichkeiter, daß insbesondere die Mehl- und Brotpreise von entscheidender Bedeutung für die Erhöhung der Warenpreise der meisten Industriearbeitskräfte sind, wodurch sich der Sieg der Genossenschaftsmühlen über den Trust um das Vielfache des Millionenbetrages erhöht, der in der Ersparnis von rund 14 Millionen Kronen allein bei der Ausgabe für Mehl und Brot zum Ausdruck kommt.

Aber noch höher als der materielle Erfolg wird sich der ideelle auswirken, nachdem das schwedische Volk, das dem MÜLLEREITRUST jahrelang tributpflichtig gewesen war, erkannt hat, daß auch Trusts auf die Länge der Zeit den genossenschaftlich organisierten Konsumenten nicht zu widerstehen vermögen. Die Lehre ist ein neuer Beweis für die große Bedeutung der Konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion an sich und im Kampf gegen die kapitalistischen Kartelle und Monopole.

Die Erkenntnis dieser Macht muß auch in Deutschland von praktischen Folgen begleitet sein, denn bei Gelegenheit des von der Sozialdemokratie verlangten neuen Kartellgesetzes im Reichstag wurde n. a. darauf hingewiesen, daß die Großmühlengeräte ebenfals so stark organisiert sind und sie sich nicht nur stark genug fühlen, Monopolpreise zu diktiertieren, sondern auch die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine und die Wehrzahl der letzteren, sowie sie nicht wie der Leipziger-Flaggenwörter Konsumverein, München-Sendling usw. bereits eigene Mühlenbetriebe besitzen, gegebenenfalls von der Mehlbelieferung auszuscheiden.

Da ist es höchste Zeit, daß die Verbrauchergruppen durch stärkere Unterstützung der Konsumvereine im Umsatz und mit Betriebsmitteln in den Stand setzen, eigene Mühlen „klappern“ zu lassen, oder noch besser: der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine mit Unterstützung der ihr angeschlossenen Genossenschaften die Möglichkeit geben, ihren schon vor Kriegsausbruch im Jahre 1914 festgelegten Plan auszuführen. An Rhein, Elbe und Donau sollten vier mit den besten technischen Errungenschaften ausgerüstete genossenschaftliche Großmühlen entstehen — Krieg, Zwangswirtschaft und Inflation haben das Projekt zunächst zurückgedrängt, aber die Dinge sind fester als die Menschen, und da das Kapital sich für seine Steuern Opfer sucht, so wird den deutschen Konsumvereinen auf diesem Gebiete wohl bald ein Kampf aufgedrängt werden, der sie gerüstet finden müßte.

Hier gibt es einfach das eiserne Werkzeug, und Gemeinlichkeiter wie Sozialisten aller Schattierungen müssen die notwendigen Folgerungen aus der schwedischen Lehre ziehen, die nicht nur auf diesem Gebiete, sondern auch auf anderen Gebieten der Lebensmittel- und Haushaltsartikelproduktion ziel- und richtunggebend ausgewertet werden muß. Und zwar sobald als möglich.

Die Verbrauchergruppen haben das Mittel der genossenschaftlichen Organisation in der Hand, sie müssen es zu einem wirtschaftlichen Machtinstrument ausbauen, und sie werden mit Ausnahme der Schwerindustrieartefakte, denen vorläufig nur durch die Befehlsgebung beizukommen ist, die Monopolpreise der meisten Industrie- und Handelsartefakte durch die genossenschaftliche Eigenproduktion zur Kapitulation zwingen können. --ff.

Deutschland und die internationale Kohlenkrise.

Die genossenschaftliche Spitzenorganisation des deutschen Kohlenbergbaues, der Reichskohlenverband, erstattet soeben seinen Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 1924/1925. Mit dem umfangreichen und detaillierten Zahlenmaterial über die deutsche und die internationale Kohlenlage, über Bergarbeiterlöhne und Leistungen ist dieser Geschäftsbericht eine außerordentlich wichtige Grundlage für die Beurteilung der Kohlenkrise, die jetzt international zu beobachten ist. Ueber den Weltkohlenmarkt bringt der Reichskohlenverband folgende Darstellung:

Die Steinkohlenförderung der Welt

betrug im Kalenderjahr 1924 rund 1167 Millionen Tonnen, d. h. 15 Millionen Tonnen weniger als in 1923 und 50 Millionen Tonnen weniger als in 1913. Der Rückgang gegenüber 1923 ist um so mehr zu beachten, als das Jahr 1923 für das Ruhrrevier infolge der Besetzung einen Fördererfall von 54 Millionen gegenüber dem Vorjahre brachte. Die Kapazität des Steinkohlenbergbaues der Welt — wenn man die von den einzelnen Ländern jeweils für einige Zeit erzielte Höchstförderung zugrunde legt und diese auf ein Jahr bezieht — ist 203 Millionen Tonnen größer als die Förderung des Jahres 1924. In den Monaten März bis Mai 1925 ist die Steinkohlenförderung in den Haupterzeugungsländern weiter zurückgegangen und, auf ein Jahr bezogen, mit rund 27 Millionen hinter dem Ergebnis des Kalenderjahres 1924 zurückgeblieben. Wie die hohen und wachsenden Bestandsziffern in allen Ländern aufweisen, konnte infolgedessen nicht einmal diese stark verminderte Förderung dem Verbrauch aufgenommen werden. Die Braunkohlenförderung der Welt, die im Jahre 1924 161 Millionen Tonnen betrug, ist hinter der bisher erreichten Höchstmenge (1922) um 13 Millionen Tonnen zurückgeblieben. Im Frühjahr 1925 war daher die durch tatsächliche Leistung erwiesene Förderungsmöglichkeit des Weltkohlenbergbaues, vorsichtig geschätzt und auf ein Jahr bezogen, um rund 240 Millionen Tonnen größer als der Verbrauch. In dieser tatsächlich greifbaren Förderungsmöglichkeit kommt, wenn auch latent, das Angebot auf dem Weltkohlenmarkt zum Ausdruck. Die Kaufkraftfähigkeit des Marktes wird man bestenfalls gleichstellen können der jeweils tatsächlich geleisteten Förderung. Hieraus ergibt sich, daß das Angebot auf dem Weltkohlenmarkt im Frühjahr 1925 die Kaufkraftfähigkeit des Marktes um rund 17 Prozent überstieg.

Die Gründe für diese starke Divergenz zwischen Angebot und Nachfrage

sind sowohl auf Seiten der Produktion als auf Seiten des Verbrauchs zu finden. Veranlaßt durch die anormalen Markverhältnisse während des Krieges und in der ersten Zeit nach dem Kriege haben einige Länder ihre Kohlenherzeugung in einem unvorstellbar starken Maße gesteigert. Das gilt insbesondere von dem Steinkohlenbergbau in Amerika und Asien. Die Vereinigten Staaten von Amerika hatten in 1913 eine durchschnittliche Monatsförderung von 43 Millionen Tonnen, im Monatsdurchschnitt September—Dezember 1920 dagegen von rund 53 Millionen Tonnen, d. h. 23 Prozent mehr; in einigen Wochen des Jahres 1924 wurde dieser Durchschnitt sogar überschritten. Britisch-Indien förderte 1913 rund 16,5 Millionen Tonnen, 1919 rund 23 Millionen Tonnen = 40 Prozent mehr; Japan 1913 rund 21,4 Millionen Tonnen, dagegen 1919 rund 31,3 Millionen Tonnen = 45 Prozent mehr; China

1913 rund 13,2 1922 rund 21,0 Millionen Tonnen = 59 Prozent mehr; die Kohlenförderung in der Südafrikanischen Union, die 1913 rund 7,9 Millionen Tonnen brachte, ist auf 11,3 Millionen Tonnen, d. h. um 43 Prozent, gestiegen. In Europa hat namentlich der holländische Steinkohlenbergbau eine außerordentliche Steigerung erfahren; er förderte 1913 1,9, 1924 6,2 Millionen Tonnen, ist also auf das 3¼fache gestiegen. Ueber den selben Einfluß hat auch die Weltbraunkohlenförderung eine sehr starke Entwicklung gehabt; sie förderte in 1913 rund 125 Millionen Tonnen, in 1922 rund 174 Millionen Tonnen, d. h. 35 Prozent mehr; noch stärker ist die Steigerung der Braunkohlenförderung in Deutschland, die von 1913 bis 1922 um mehr als 57 Prozent zunahm.

Diese starke Produktionssteigerung führte zu Abnahmehemmlichkeiten.

als die hypertrophische Nachfrage, die der Krieg und die Scheinhung der Kohlenförderung nach dem Kriege zeitig hatten, aufhörte; die Abnahmehemmlichkeiten verschärften sich im vergangenen Jahre, als es den von dem Krieg unmittelbar betroffenen Ländern gelang, ihre Kohlenförderung wieder auf den Stand der Vorkriegszeit zu heben wogegen die Nachfrage nach Kohlen hinter dem Stand des Jahres 1913 zurückblieb.

Als Faktoren, die auf eine Verminderung des Kohlenverbrauches hingewirkt haben, sind zunächst zu nennen: Die vermehrte Ausnutzung der Wasserkraft zur Stromerzeugung, die Fortschritte in der Elektrifizierung großer Kohlenverbraucher, namentlich der Eisenbahn, die zunehmende Verwendung von Heizöl, insbesondere in der Schifffahrt, und die Fortschritte in der Rationalisierung der Wärmewirtschaft. Es wird jedoch festgestellt, daß eine Verbesserung der Wärmewirtschaft auf die Dauer dem Kohlenbergbau keinen Abbruch tun kann, da die Verbilligung der industriellen Produkte, die durch solche Ersparnis möglich wird, zu einer Erleichterung und Erweiterung des Abfahes, damit zu einer Steigerung der Gütererzeugung und damit zu einer vermehrten Nachfrage nach Brennstoffen führen wird. Diese Gesundung der Weltwirtschaft ließe aber und zwar vor allem deshalb, weil Deutschland seine Kaufkraft am Weltmarkt nicht entfalten könne.

Nach der Stabilisierung der Währung konnten sich die kritischen Verhältnisse am Weltmarkt auch auf den

deutschen Kohlenmarkt

auswirken, der vorher unter einem starken Brennstoffmangel gelitten hatte. Zurzeit herrscht, wie die zahlreichen Stilllegungen von Gruben bezeugen, ein gemaßtes Ueberangebot an Kohle. Schon in der ersten Jahreshälfte von 1924 wurde eine Kohlenausfuhr von 1 Million Tonnen notwendig, obwohl damals infolge von Arbeitskämpfen ein Ausfall in der Produktion von 8 Millionen Tonnen zu verzeichnen war. Die Industrie hatte einen großen Vorrat an Kohle. Gemindert wurde der Verbrauch auch durch die Zurückhaltung der Käufer infolge der Unsicherheit in den Konditionen, sowie durch die Abkehr der deutschen Industrie von der Verwendung des Minette-Erzes und sein Ertrag besonders durch schlesische Erze, deren Verhüttung wesentlich geringere Kohlen-, namentlich Koks mengen erfordert macht. Auch die Kohlenanforderungen der Entente sind stark zurückgegangen. Andererseits wurde der deutsche Kohlenmarkt belastet durch die Einfuhr von ausländischer Kohle, die im Jahre 1924 nicht weniger als 13 Millionen Tonnen Steinkohle, 335 000 Tonnen Koks und 2164 000 Tonnen böhmische Braunkohle betrug. Mit Rücksicht auf die eigenen Abnahmehemmlichkeiten wendet sich der Ruhrkohlenverband scharf gegen die Einfuhr polnischer Kohle und er verlangt, daß Deutschland sich das Recht nicht nehmen läßt, die Kohleneinfuhr lediglich nach seinem eigenen Ermessen und im Hinblick auf die deutschen Erfordernisse und Bedarfsverhältnisse zu handhaben. Deutschland müsse sein wichtigstes Rationalgüter, seinen Kohlenbergbau, in der jetzigen harten Zeit nach Möglichkeit schützen, damit er genügend Entwicklungsstärke behält, um in Zeiten größeren Kohlenbedarfs die deutsche Wirtschaft voll beliefern zu können.

Der deutsche Außenhandel mit Kohle ist im ersten Vierteljahr 1925 bereits wieder aktiv, doch würde sich für das Jahr nur eine Menge von 3,7 Millionen Tonnen Ausfuhrüberschuss ergeben, wenn man die Zahlen des ersten Quartals zugrunde legt. Die Steigerung der Ausfuhr reichte nicht aus, um die Abnahmehemmlichkeiten zu beheben. Sehr richtig betont der Bericht, daß eine Belebung des inländischen Kohlenmarktes nur eintreten kann, wenn der Beschäftigungsgrad der deutschen Wirtschaft sich nachhaltig verbessert. Es ist jedoch eine einseitige Einstellung, wenn man lediglich den Druck der hohen Steuern, Frachten und Reparationen für die Krise verantwortlich macht. Der deutsche Kohlenbergbau hat von einer Verminderung des industriellen Beschäftigungsgrades, wie er als Folge der geplanten Hochschulzölle unbedingt eintreten muß, ebenfalls eine Verschärfung der Abfahrtskrise zu befürchten. Davon findet sich jedoch in dem Bericht kein Wort.

Die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine hat ihre Büstenfabrik aus den bisherigen, ganz unzulänglichen Räumlichkeiten in Schönbeide (bei Eisenhüttenstadt) nach Stünzengrün (Erzgebirge) verlegt, wo der Betrieb am 1. Juni aufgenommen wurde. Das Gebäude ist eine ganz hervorragende architektonische Leistung und wohl das schönste Fabrikgebäude des ganzen Erzgebirges. Auch die innere Einrichtung ist in jeder Beziehung vorbildlich. Arbeitsräume wie die dortigen kannte die Büstenindustrie bislang nicht. Es ist Ehrentpflicht und eigenes Interesse der Verbraucher, für recht umfassende Beschäftigung dieses einzig dastehenden Betriebes zu sorgen.

Bilanzen aus der Kalifabrik. Von dem zweitgrößten deutschen Kalifabrikanten, Westereggen-Salzethydrat-Werke, der über 20 Prozent der deutschen Kaliproduktion verfügt und den Antikloß gegen Wintershall führt, liegen jetzt die Geschäftsberichte für 1924 vor. Obwohl keine Dividende gezahlt wird und der Gesamtabsatz der Kalifabrik 1924 um etwa ¼ Million Doppelzentner Reinkalf gegen 1923 zurückgeblieben ist, ist es dem Konzern gut gegangen. An Reingewinnen, die sämtlich vorgetragen werden, weist er zwar auf das Aktienkapital von insgesamt 48,5 Millionen nur 0,48 Millionen oder 1 Prozent aus, aber die Abschreibungen sind reichlich erfolgt und die Bankschulden sind, trotz eines Finanzierungscredits der Reichsbank für den Abschluß, offenbar aus dem laufenden Betriebsergebnis abgetragen worden. Wenigstens läßt die einzige darüber vorhandene Angabe bei Wintershall, noch nicht 200 000 Mk. Zinskosten oder 1/10 des Kapitals, darauf schließen. Außerdem konnte im Kampf gegen Wintershall die sehr teure Kalk-Quarz-Quarze aufgenommen werden und wurden erhebliche Betriebsveränderungen und Verbesserungen aus dem Jahresergebnis bestritten. Das Geschäftsergebnis ist also viel günstiger als es nach den Geschäftsberichten scheinen möchte. Für das Jahr 1925, das für die deutsche Kalifabrik infolge der guten Ernte wohl ein Rekordjahr werden dürfte (im 1. Halbjahr betrug der Absatz schon fast so viel wie im ganzen Vorjahr, gegenüber dem ganzen Jahr 1913 bereits 70 Prozent), dürften auch Rekordgewinne zu erwarten sein.

Ein internationales Eisenkartell für Südosteuropa. Nach einer Praguer Meldung des Handelsblatts „Industrie-Archiv“ steht für die nächste Zeit eine Erweiterung des tschechoslowakisch-österreichischen Eisenkartells durch den Eintritt der jugoslawischen und ungarischen Eisenwerke bevor. Die Verhandlungen mit den jugoslawischen Firmen stehen unmittelbar vor dem Abschluß. Von den ungarischen Werken hat das Vima-Warner Eisenwerk seinen Beitritt bereits vollzogen. Es besteht nur noch Schwierigkeiten hinsichtlich der tschechoslowakischen Eisenwerke, die jedoch in Kürze behoben sein dürften, da die private ungarische Eisenindustrie ein großes Interesse an dem baldigen Abschluß des Vertrages hat. Die rumänischen Eisenwerke gehören bereits seit längerer Zeit dem Kartell an.

